

Ulrich Herbert

Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930-1960 in erfahrungsgeschichtlicher Perspektive*

Im ersten Band unserer Projektveröffentlichungen hatten wir angekündigt, eine »Synthese unserer eigenen Ergebnisse mit denen, die aus methodisch anders ausgerichteten Forschungen hervorgegangen sind«, zu versuchen. Als ich mit dieser Arbeit begann, schien sie mir eine Gleichung mit zwei Unbekannten. Denn auf der einen Seite ist die Forschungslage zur Arbeitergeschichte in dem von uns behandelten Zeitraum ebenso breit wie disparat; Disziplinen, Schulen und Forschungseinrichtungen haben sich so weit auseinanderentwickelt, daß sie sich kaum noch wahrnehmen. Die im Umkreis von Theo Pirker entstandenen sozialwissenschaftlichen Beiträge zum »Ende der Arbeiterbewegung« etwa (Ebbinghausen, Tiemann 1984) nehmen die meisten Ergebnisse der sozialgeschichtlichen Untersuchungen der letzten Jahre, wie sie Josef Mooser (1983a, b, 1984) zusammengefaßt hat, kaum zur Kenntnis. Neuere Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik enthalten umfängliche Ausführungen und Urteile zur Geschichte der Arbeiterschaft in Westdeutschland, ohne die organisations- oder sozialgeschichtlich orientierten Untersuchungen zu diesem Thema wirklich zu berücksichtigen (vgl. Schwarz 1981, 1983).

Die zweite Unbekannte in dieser Gleichung sind die »Ergebnisse« dieses Projekts selbst, weil »Ergebnisse« vielleicht nicht das richtige Wort für die Funktion von Oral History für die Zeitgeschichte ist; sie wirft Fragen auf, verknüpft Erfahrungen, eröffnet andere Perspektiven, informiert über bisher im Schatten liegende Lebenswelten. Und dabei teilt sie die methodischen Probleme mit aller qualitativen Sozialgeschichte, die sich über die Ebene quantitativer Entwicklungen hinaus- oder besser hinunterwagt (vgl. den Beitrag von L. Niethammer in dieser Prokla).

Zudem ist der regionalgeschichtliche Charakter unseres Projekts zu beachten: Es handelt sich bei den Lebensgeschichten aus dem Ruhrgebiet um Fallstudien zu einem Sonderfall der zeitgenössischen Sozialgeschichte Westdeutschlands. Die Sonderentwicklung der Montanindustrie, die diesen Raum beherrschte, hat auch die sozialen Erfahrungen in besonderer Weise geprägt; auf der anderen Seite gibt es aber auch viele Befunde, für die sich aus anderen Regionen, deren Merkmale der Industrialisierung und Urbanisierung vom Ruhrgebiet abweichen, Anknüpfungspunkte für einen Vergleich finden lassen.

Im folgenden soll nun versucht werden, Einzelbeiträge aus unserem Projekt zusammenzufassen und zu einer erfahrungsgeschichtlichen Perspektive zu verknüpfen, um deren Bedeutung für die Sozialgeschichte näher zu umreißen.

* Der folgende Aufsatz ist ein gekürzter Vorabdruck, den wir mit freundlicher Erlaubnis des Dietz-Verlages veröffentlichen. Der vollständige Beitrag erscheint im Herbst 1985 in: Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Hrsg.), »Wir kriegen jetzt andere Zeiten«. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 3, J.H.W. Dietz Nachf. Verlag, Bonn, Berlin 1985

Arbeiterschaft im Nationalsozialismus

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterschaft im Nationalsozialismus hat sich lange Zeit vorwiegend auf die Aspekte des Widerstands und der Verfolgung konzentriert. Ausgangspunkt war dabei die schon frühzeitige Entdeckung, daß die Industriearbeiterschaft die einzige soziale Gruppe war, die vor 1933 den Nationalsozialismus weitgehend geschlossen ablehnte, wenn auch Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet 1933 Hinweise auf partielle Einbrüche der Nationalsozialisten in die Arbeiterschaft geben (Martiny 1974, Falter 1979, Jamin 1984, Niethammer 1972).

Für die Zeit während des Dritten Reiches ist besonders der Arbeiterwiderstand, der vor allem in den Phasen bis 1935 und ab 1943 aktiv war, genau und bis in zahlreiche Lokalstudien hinein untersucht (Peukert 1979, Steinberg 1979). Tim Masons Untersuchung über »Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft« hat aber nachgewiesen, daß es zumindest in der Zeit zwischen etwa 1936 und 1940 in Form der unorganisierten »Arbeiteropposition« eine Kontinuität des sozialen Protests in den Betrieben gegeben hat (Mason 1981, Hetzer 1980). Mason war es aber auch, der einige Jahre später vor einer Überschätzung und Überbewertung des Ausmaßes und der Reichweite des sozialen Arbeiterprotests warnte und seine eigenen Forschungsergebnisse einbettete in ein Ensemble aus je partieller Opposition und Zustimmung, das die Elemente der sozialen Integration der Arbeiterschaft und der nationalsozialistischen Strategie der Loyalitätssicherung stärker betonte, als dies bis dahin geschehen war (Mason 1982, Schoenbaum 1980). Der Aufforderung Masons, bei der Untersuchung der Sozialgeschichte der Arbeiterschaft im Dritten Reich Lebensweisen und Alltagsverhalten stärker zu berücksichtigen, ist aber insofern eine enge Grenze gezogen, als vor allem die nationalsozialistischen Berichtsquellen vertiefende Analysen erschweren (Behnken 1980). Oral-History-Quellen erlauben hier neue Herangehensweisen; unser Interesse hat dementsprechend den Widerstand ausgeklammert und sich auf Arbeits- und Lebensweisen, auf die Fragen nach dem Verhältnis zwischen politischer Intervention der Nazis und sozialer Identität der Arbeiterschaft sowie auf die langwirkenden Folgen der Faschismuserfahrung für die Einzelnen wie für die Ruhrarbeiterschaft insgesamt konzentriert.

Dabei fiel schon bei ersten Explorationen ins Auge, daß die politische und die lebensgeschichtliche Periodisierung dieser Zeit bei den älteren Arbeitern nicht kongruent waren: Vielmehr deuteten die Erzählungen sowohl inhaltlich als auch in ihrer Erzählweise darauf hin, daß sich neben das politische Datum von 1933, das gleichwohl intensiv, wenn auch je nach Standort und späterer persönlicher Entwicklung unterschiedlich gewertet erinnert wurde, eine Einteilung in »ruhige« und »unruhige«, »gute« und »schlechte« Zeiten des eigenen Lebens herausbildete, wobei in dieser Phase die »schlechten Zeiten« mit dem Ende der Massenarbeitslosigkeit zwischen 1934 und 1936 aufhören — unterschiedlich terminiert, je nach individueller Erfahrung (Herbert, Lusir I, 1983, Einfeldt, Lusir I, 1983) Auf die soziale Lage und die Lebensweisen derjenigen, die vom Nazi-Terror nicht unmittelbar betroffen waren, hatte die »Machtergreifung« zunächst keine direkten Auswirkungen, aber für ihre psychische Lage und soziale Identität bedeutete sie einen markanten Einschnitt; denn Vertrauen und Sicherheit im Kreise der Nachbarn und Kollegen schwanden; »ich hab' zu viele umkippen sehen« — das Milieu verlor für viele seine Bedeutung als schützender Hort (v. Plato 1984: 17-21). Der im Rückblick als lebensgeschichtlicher Wendepunkt begriffene Einschnitt lag aber nicht 1933; vielmehr haben sich die während der nationalsozialistischen Herrschaft vollzogenen Veränderungen der Lebensweise für die Einzelnen auch langfristig als folgenreich er-

wiesen, so daß eine Wende in der eigenen Lebensgeschichte an dem Punkt festgemacht wurde, an dem man wieder Arbeit erhielt, oder allgemein gefaßt: als sich mit der einsetzenden Rüstungskonjunktur die soziale Lage der Arbeiterschaft nach langen Jahren der Unsicherheit zu stabilisieren schien (Herbert, Lusir I, 1983: 86 f.) — diese Entwicklung soll nun im Einzelnen etwas näher betrachtet werden.

Es war die Hoffnung vieler Kader der Arbeiterbewegung nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten, daß die politische Arbeit und der Zusammenhalt untereinander nach der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und der Verfolgung ihrer Führer durch das halbprivate Geflecht von Sozialkontakten in den Arbeitersiedlungen und den Betrieben gewährleistet werden würde, daß also ähnlich wie unter Bismarcks Sozialistengesetz unterhalb der polizeilich erfassbaren politischen Öffentlichkeit der Zusammenhalt als Klasse in den proletarischen Sozialmilieus gewahrt, wenn nicht gar gestärkt würde. Aber diese Hoffnung trug, denn durch die Zerschlagung aller Organisationsansätze bis hinunter zu den Freizeit- und Sportclubs wurden die Elemente der sozialen Identitätsfindung zerstört. Der Zusammenhalt der Arbeiterschaft innerhalb des Sozialmilieus konnte dabei von den Nazis nicht gänzlich unterbunden werden, aber er wurde entpolitisiert.

Kulturell und politisch gab es kaum Gelegenheit, einen Zusammenhang zwischen der kleinen, entschlossenen Minderheit der aktiven Widerstandskämpfer und der Masse der Arbeiterschaft in den Betrieben und den proletarischen Wohnbezirken zu knüpfen, so daß die traditionelle Trennung zwischen Aktivisten und Anhängern der Arbeiterbewegung nunmehr in unterschiedliche Erfahrungswelten auseinanderklaffte (v. Plato 1984: 13-17, 50 f.).

Dagegen begannen seit etwa 1935 zwei neue Aspekte auf das Leben der Ruhrarbeiterschaft einzuwirken, die ihre traditionellen Lebensweisen und sozialen Bindungen veränderten: die für Viele neuartige Erfahrung eines über Jahre stabilen Arbeitsplatzes und die sozialpolitische Offensive der Nationalsozialisten.

In den Lebensgeschichten der älteren unserer Interviewpartner — Männer wie Frauen — besitzt der rapide Rückgang der Arbeitslosigkeit in den 30er Jahren den Charakter eines Wendepunkts. Gerade bei den Jahrgängen zwischen 1900 und etwa 1915, die eine längere Phase stabiler Arbeitsbeziehungen bis dahin oft noch gar nicht gekannt hatten und häufig noch in engem Zusammenhalt mit den Eltern leben mußten, boten sich hier ganz neue — und langersehnte — Erfahrungen an. Auffällig, für diese Generation aber erklärlich, ist dabei das in den Interviews auftauchende Vertrauen in eine lange Perspektive, die nun eröffnet worden sei; obwohl die Interviewten ja miterlebt haben, wie kurz diese Perspektive in Wirklichkeit war. Im Rückblick wird hier aber der Anfang einer Entwicklung gesehen, die durch Kriegs- und Nachkriegsjahre nur »unterbrochen«, nicht beendet wurde. Der Schwerpunkt des Lebens verlagerte sich: von der Straße in den Betrieb, vom Milieu in die Familie. Nun kamen Folgewirkungen der schon vor 1933 einsetzenden Erosion der Milieus zum Tragen. Die Entpolitisierung des Zusammenhalts wies diesem neue Funktionen zu: Er war nicht länger Stabilisator, da sich die Existenz der Einzelnen jetzt von selbst zu stabilisieren schien, sondern wirkte zunehmend nach außen als Absicherung gegen nationalsozialistische Politisierungsversuche; gleichzeitig war der Zusammenhalt aber auch von innen gefährdet, Angst und Mißtrauen zerstörten die Unbefangenheit des Umgangs miteinander (vgl. Behnken 1980: 1936, S. 829 ff.; 1937, S. 315 f.; 1937, S. 1238 f.). Die Absicherung nach außen wirkte aber auch als Abwehr der Wahrnehmungen: denn die wirtschaftspolitischen Erfolge der Nazis, die wachsende und propagandistisch überhöhte Zustimmung in der Bevölkerung desavouierte die eigene politische Überzeugung und vermittelte die Isoliertheit der eigenen Position (Mason 1982: 21, v. Plato

1984: 15 f.). Mit der lange erwarteten Stabilisierung wurde auch die Angewiesenheit der Familien auf die Nachbarschaft geringer, das Familienleben verselbständigte sich und wurde zum abgeschlossenen Rückzugsbereich, die Subkultur reduzierte sich auf den »Bekanntenkreis« und verlor allmählich die sinnstiftende soziokulturelle Bedeutung des Milieus. Der erzwungene Rückzug in die »Privatsphäre«, die Herauslösung der Individuen aus dem Kollektiv des klassenspezifischen Zusammenhalts brachte nun Tendenzen, die schon vor der NS-Herrschaft vor allem bei den großbetrieblichen Stamarbeitern sichtbar geworden waren, über diese hinaus zum Durchbruch.

Diesen Prozeß mit »Individualisierung« begrifflich zusammenzufassen, ist insofern nicht ganz richtig, als dabei der widersprüchliche Charakter dieser Entwicklung nicht ausgedrückt wird: die stärkere Hinwendung zur Familie, die Konzentration auf das eigene Weiterkommen, die Herauslösung aus Kollektivzusammenhängen waren ebenso Folgen von Zwang und Unterdrückung wie Elemente der Abwehr von Vereinnahmungsversuchen durch die Nationalsozialisten und Ausdruck eines langfristigen, von den Nationalsozialisten nur unterstützten Prozesses der Durchsetzung kleinfamilialer Lebensweise auch in der Arbeiterklasse (vgl. Geiger 1931; Dahrendorf 1974: 415-432; Schoenbaum 1980: 336 ff.; Abelshauer, Faust 1983) — ein »Modernisierungsprozeß« unter terroristischen Vorzeichen also, der für die Ruhrarbeiterschaft mit ganz erheblichen Kosten und Opfern verbunden war. Denn die »Individualisierung« der Einzelnen setzte sie ohne den schützenden Halt der Klassenbindung den »Gesetzen« eines durch den Staat extrem zu ihren Ungunsten beeinflussten Arbeitsmarktes aus. Arbeitsstolz und Arbeitsethos, die betriebsbezogene Elemente von »Ehre« und »Respektabilität« der Arbeiterschaft in ihrem Streben nach gesellschaftlicher Anerkennung waren, wurden zunehmend Ausdruck von Konkurrenz und Leistungsdruck, aber auch der Qualifikation als (vermeintlichem) Schutz gegen politische Drangsalierungen. Die in unseren Interviews häufig deutlich werdende Akzeptanz der sozialen und ökonomischen Regeln der kapitalistischen Wirtschaft (»Ist ja überall dasselbe: kann man wat, wird man in Ruhe gelassen, macht man seine Arbeit, nimmt sein Geld in Empfang, hat sich der Fall.«) (Herbert, Lusir I, 1983: 88, vgl. v. Plato 1984: 23-28, Passerini 1980) ist dabei gewiß auch ein Resümee der nach 1950 in der Bundesrepublik gemachten Erfahrungen, gleichzeitig aber auch Ausdruck des Selbstschutzes des Einzelnen am Arbeitsplatz gegenüber den Anforderungen während der NS-Zeit. Die von Mason hervorgehobenen Elemente der »Arbeiteropposition« hingegen treten in unseren Interviews nicht in kollektiver Form auf. Streitigkeiten im Betrieb wurden weder über noch bestehende, informelle Strukturen der Arbeiterbewegung noch gar über die DAF, sondern individuell mit der Betriebsleitung oder dem Meister gelöst, wobei der einzelne Arbeiter seine Qualifikation und seine im Zuge der Rüstungskonjunktur deutlich gewordene Unentbehrlichkeit in die Waagschale warf (vgl. Behnen 1980: 1936, S. 1560 f.; auch Mason 1982: 27 ff., v. Plato 1984: 52-56, Peukert 1982: 140 f.).

Diese auf die betriebliche Sphäre und auf die Männer bezogenen Erfahrungen korrespondieren in wichtigen Aspekten mit denen der Frauen, die hier am in mancher Hinsicht besonders zugespitzten Beispiel der Bergarbeiterfrauen untersucht wurden (Einfeld, Lusir I, 1983). Die mit dem rapiden Rückgang der Arbeitslosigkeit einhergehende wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterfamilien entlastete die Frauen erheblich und enthob sie der schier unlösbaren Aufgabe, ohne ausreichende finanzielle Mittel die Familie zu versorgen. Ebenso wie bei den Männern verbanden sich für die Frauen der Jahrgänge vor etwa 1915 neue Möglichkeiten wirtschaftlicher Planung, mehr noch aber die Herausbildung eines stärker nach außen abgeschirmten Familienlebens; damit einher ging eine nicht zu übersehende Aufwer-

tung und qualitative Neubestimmung der Tätigkeit der Arbeiterfrauen. Die hier geschilderten Erfahrungen müssen aber auf der Grundlage eines weiterhin beschwerlichen, von Mangel und extremer Beanspruchung gekennzeichneten Lebens verstanden werden und gewinnen ihre tiefer reichende Bedeutung nur aus dem Vergleich zu der vorher erlebten Phase unmittelbarer Existenzbedrohung. Und selbst wenn, wie in manchen Fällen, der Mann erst 1938 eine feste Stelle bekam, so war das Leben der Einzelnen doch durch eine gewisse Zuversicht und einen Zukunftsglauben gekennzeichnet, der, auf die Verbesserung der Situation bei Nachbarn und Verwandten aufbauend, auch an die Überwindung der eigenen Schwierigkeiten glauben ließ. Dies war auch Ausdruck der propagandistischen Initiativen des Nationalsozialismus, dessen soziale Versprechungen sich nicht in erster Linie in bedeutenden sozialen Reformen und Leistungserhöhungen, sondern in Form »einmaliger, als dramatische Verbesserungsschübe empfundener, gut inszenierter Aktionen« (Einfeld, Luser I, 1983: 280, vgl. Mason 1976) realisierten; die aber als greifbarer Beleg für die Hoffnung auf weitere Verbesserungen empfunden wurden. Zudem wurde durch die ideologische Aufwertung der Rolle der Frauen und der Familien das soziale Prestige der Arbeiterfrauen gesteigert, wie scheinhaft dieser Prestigezuwachs auch immer gewesen sein mag.

Über die allgemeinen, *auch* die Arbeiterschaft berührenden Auswirkungen des wirtschaftlichen Aufschwungs in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre hinaus gingen die speziellen, *besonders* die Arbeiterschaft berührenden sozialpolitischen Neuerungen der Nationalsozialisten, deren große Bedeutung in den Lebenserinnerungen zwar sicherlich auch Ausdruck ihrer propagandistischen Überhöhung ist, aber oft auch mit der Schilderung sehr handfester privater Vorteile verknüpft ist. In den Interviews werden freilich nur wenige Faktoren als wirkliche Verbesserungen genannt, vor allem die freizeitpolitischen Initiativen des Regimes. Andere sozialpolitischen Maßnahmen — »Schönheit der Arbeit«, die »Winterhilfe«, die zahlreichen sozialen »Betreuungsmaßnahmen« durch die NSV, auch die Verstärkung der betrieblichen Sozialpolitik in Betrieben, wo es solche Traditionen bis dahin nicht gegeben hatte — werden häufig gar nicht erwähnt oder auf Rückfrage deutlich abqualifiziert: als Propaganda, »Theater« oder Wichtigtuerei einzelner NS-Funktionärsträger der unteren Ränge. Ein dritter Bereich schließlich wird in den Interviews zwar oft anschaulich beschrieben, dabei aber gar nicht als spezifisch vom Nationalsozialismus inszenierte Neuerung wahrgenommen: massenkulturelle Innovationen vor allem, wie die Ausweitung des Sports von der lokalen und regionalen auf die Reichsebene, die Veränderung der privaten Freizeitgestaltung durch das Radio oder die in dieser Zeit stark zunehmenden Kinobesuche (Schäfer 1984: 146 bis 208).

Auf der Haben-Seite der Erinnerungen an diese Zeit ganz oben stehen die freizeitpolitischen Initiativen des Regimes. Aber nicht die propagandistisch herausgestellten KdF-Reisen nach Norwegen oder Madeira, an denen keine der von uns interviewten Personen teilgenommen haben (von denen aber viele sprechen), stehen dabei im Vordergrund, sondern die Tatsache des Urlaubs selbst, den sie in der Regel zu Hause verbracht haben, oft auch zum Ausflug zu Verwandten, fast nie zu regelrechten »Urlaubsreisen« nutzten (Spode 1980, 1982, Mason 1977: 183 ff., Kocka, Prinz 1983: 222 f., Buchholz 1976, vgl. auch Behanken, 1980: 1935, 175 ff., 845 ff., 1455). »Freizeit« tritt hier als ganz neue Erfahrung auf und wird deutlich abgesetzt von den »Fahrten« während der Weltwirtschaftskrise, die als Notlösung zur Überwindung der überflüssig »freien« Zeit der Arbeitslosen diente. Damit einher geht die Erweckung neuer Wünsche, an deren Realisierungsmöglichkeit man bis dahin nie gedacht hatte: wenn man jetzt eine Woche mit der Familie zu Verwandten ins Sauerland fahren konnte, warum sollte

dann in ein paar Jahren, wenn man nur feste arbeitete und sparte, nicht auch eine Dampferfahrt nach Norwegen möglich sein?

In dieser Eröffnung neuer Perspektiven von Freizeit und Familienleben, sei es als Realität im Kleinen oder als Wunsch im Großen, liegen zweifellos wichtige Bereiche der Durchbrechung der kleinräumigen und sozial homogenen Erfahrungsfelder in den Betrieben und Arbeiterwohnbezirken.

Unterstützt und verstärkt wurde dies durch andere, weniger spektakuläre, oft auch nur implizit erwähnte Neuerungen. Durch die Zerschlagung der Arbeitersportvereine etwa wurde sportliche Betätigung aus der klassenspezifischen Absonderung herausgelöst, bei den Jugendlichen noch verstärkt durch eine Vielzahl von Sportwettkämpfen in der Schule oder der HJ. Gleichzeitig bildete sich ein zunehmend reichsweit organisierter Leistungssportbetrieb, in dem nicht mehr der Lokalkampf zwischen Katernberg und Hamborn, sondern das Meisterschaftsspiel zwischen Schalke und Nürnberg, der Weltmeistertitel Max Schmelings oder eben die Olympiade in Berlin die Sensationen darstellten (vgl. Klönne 1982: 55-59, Überhorst 1973, Eichberg 1977, 1980). Die Informationsquellen waren nicht länger auf die Lokalzeitungen beschränkt, sondern vor allem durch das Radio entstand die Möglichkeit, Unterhaltung oder Sportberichte aus ganz Deutschland und darüber hinaus nutzen zu können, wobei die Entgrenzung des (sekundären) Erfahrungsbereichs in der Regel mit einer Konzentration der Freizeit in der Familie einherging (Frei 1980).

Insgesamt sind die von uns untersuchten Lebensgeschichten, was die nationalsozialistische Sozialpolitik im weiteren Sinne betrifft, differenziert: weder werden die Initiativen des Regimes pauschal als positiv und wirksam erinnert, noch kann von einem Abprallen an der ablehnenden Haltung der Arbeiterschaft die Rede sein — es wird vielmehr deutlich unterschieden zwischen hohlen Phrasen und solchen Aspekten, die das eigene Leben im positiven Sinne veränderten. Dabei bildet sich zusammengefaßt eine Entwicklung heraus, wonach sich die Lebensweisen und Erfahrungsräume der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet in dieser Phase einerseits aus ihren engen sozialen und lokalen Bezügen lösten und andererseits auf die Familie konzentrierten. Diese differenzierte und durchaus nicht unkritische Rezeption korrespondiert dabei mit einer Haltung, die den propagandistischen Versuchen der Nationalsozialisten, mit der Stilisierung des »ehrlichen Arbeiters« und des »deutschen Sozialismus« das positive Gegenbild des einzelnen Arbeiters gegen dessen fortwährende Identität als Teil der Arbeiterklasse zu errichten, kritisch und ablehnend gegenübertrat.

Diese in den Interviews häufig auftauchende Ablehnung der ideologischen Kompensation der politischen Unterdrückung ist als Erinnerung an damaliges Verhalten allerdings mit einiger Vorsicht aufzunehmen. Die zeitgenössischen Berichtsquellen belegen nämlich, daß das Propagandabild vom ehrlichen, kernigen deutschen Arbeitsmann durchaus an Elemente des Arbeitsstolzes und den Wunsch nach »Respektabilität« anknüpfen konnten, und auch in demoskopischen Umfragen der Nachkriegszeit kam diese Überzeugung vieler zum Ausdruck, daß »der Arbeiter im Nationalsozialismus etwas geglitten hätte« (Noelle-Neumann 1956, o.V. 1949, Merritt 1970: 32 ff.). Dies muß aber kein Reflex auf die ideologischen Aufwertungsversuche der Arbeiterschaft im »Dritten Reich« gewesen sein, sondern kann sich auch auf die sozialen Verbesserungen beziehen; denn in den Interviews ist die Ablehnung der nur ideologischen Kompensation überall da am schärfsten, wo sie nicht mit sozialer Kompensation einherging. In den Erinnerungen sind sicherlich auch Rückschlüsse aus der späteren Diskreditierung der nationalsozialistischen Propaganda auf die Vorkriegszeit enthalten. Daneben ist aber auch zu berücksichtigen, daß die Stoßrichtungen der nationalsozialistischen Propaganda und der sozialpoli-

tischen Initiativen nicht übereinstimmten. Während das Propagandabild den Arbeiter als redlich, ehrlich, erdverbunden und statisch beschrieb, zielte die Sozialpolitik und mehr noch die tatsächliche gesellschaftliche Entwicklung auf wachsende Konsumorientierung, auf Erweiterung des sozialen und regionalen Erfahrungsraums und — in begrenztem Umfang — soziale Mobilität. Anders ausgedrückt: während das propagandistische Leitbild konservativ und an einer entpolitisierten Form vom Facharbeiter der Kaiserzeit orientiert war, war das der gesellschaftlichen Praxis implizite Leitbild dynamisch und auf neue Anforderungen und Wünsche hin zugeschnitten (Peukert 1982: 42 ff.).

In den Erinnerungen an diese Zeit zwischen etwa 1936 und 1942 sind meistens positive und negative Aspekte deutlich voneinander geschieden: die Berichte über Unterdrückung, Terror und Angst, über schlechte Arbeitsbedingungen, Arbeitshetze, überlange Arbeitszeiten und im Vergleich dazu geringe Löhne auf der einen Seite; über den festen Arbeitsplatz, das geregelte Auskommen, die Intensivierung des Familienlebens, das Aufkommen neuer Wünsche und Perspektiven, erste Urlaubserfahrungen und gewisse Aufstiegsmöglichkeiten andererseits. Auffällig ist aber, daß diese Bereiche kaum miteinander verbunden werden, kein einheitliches Bild dieser Zeit entsteht. An die Stelle aktiver oder passiver Ablehnung oder Gleichgültigkeit gegenüber dem Regime insgesamt trat mehr und mehr eine Gleichzeitigkeit von positiver Aufnahme der einen und Ablehnung der anderen Maßnahme der Regierung — eine Entwicklung, die Tim Mason »Dissoziation des Bewußtseins« genannt hat (Mason 1982: 47). In den Interviews tritt dies auch bei Vertretern der älteren Generation auf, die vor 1933 schon politisch aktiv gewesen waren. Denn bei ihnen setzte sich neben die weiterhin bestehende grundsätzliche Ablehnung des Nationalsozialismus die Erfahrung der Stabilisierung der eigenen Existenz, so daß sich politische Überzeugung und private Erfahrung nicht mehr unmittelbar deckten.

Diese Erfahrung ist auch Ausdruck der Vereinzelung, die den Erfahrungsaustausch der Einzelnen erstickte und die politische Analyse der einzelnen Phänomene und Erfahrungen im Zusammenhang verhinderte. Ohne diese Klärung von Zusammenhängen — eine der zentralen Felder der politischen Arbeit und elementare Funktion einer »kritischen Öffentlichkeit« — aber waren die Einzelnen gegenüber der suggestiven Wucht der politischen und sozialen Entwicklung der Jahre um 1939 relativ wehrlos (Mason 1982: 21 ff., Behnken 1980: 1935, S. 24 ff., 1937, S. 315). Sich dieser Suggestion zu entziehen, war schwer und gelang nur wenigen vollständig, die auch politisch untereinander Kontakt hielten und den Zusammenhang etwa zwischen dem Terror gegen die Arbeiterbewegung und der Einführung des bezahlten Urlaubs zu sehen imstande waren. Hier zeigte sich im Nachhinein die authentische Leistung der Arbeiterbewegung vor 1933; denn die Erklärung der Zusammenhänge zwischen politischer Orientierung und privater Erfahrung entsprang ja nicht aus den Verhältnissen selbst, sondern war Ergebnis politischer Analyse und Überzeugungskraft. Insofern ist zu vermuten, daß es nicht in erster Linie die Heterogenisierung der Erfahrungsbereiche war, die die Erfahrungen der Arbeiterschaft dissoziierte, sondern die Individualisierung ihrer Verarbeitung, da es der NS-Propaganda nicht gelang, als symbolisch glaubwürdige Deutungsinstanz akzeptiert zu werden. Durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung stand kein Instrument mehr zur Verfügung, das aus den diffusen und differenzierten Erfahrungen der Einzelnen auf eine überindividuelle, aber doch auf die klassenspezifischen Prädispositionen aufbauende Weise Perspektiven einer Gesamtdeutung entwickelt hätte.

Während die Fragmentierung der Erfahrung bei der älteren Generation, deren Denkstrukturen unter dem Einfluß der allgemeinen Perspektive der Arbeiterbewegung ausgebildet wor-

den waren, besonders ausgeprägt war, boten sich die ideologischen Angebote des Faschismus den Jugendlichen in einer ganzheitlichen Form dar und wurden durch die dichte Abfolge von vereinheitlichenden Sozialisationsagenturen wie HJ, RAD und Militär vor allem der männlichen Jugend eingeübt.

Am Beispiel der zu dieser Zeit jugendlichen Bergarbeiter ließen sich die Auswirkungen dieser Entwicklung zeigen (Zimmermann, LUSIR I, 1983, vgl. auch Deppe 1982): von vielen Jungen wurden die NS-Organisationen auch als Entlastung gegenüber der familiären Autoritätsstruktur begrüßt; sie waren von den Massenmedien und der Technikbegeisterung des Nationalsozialismus fasziniert, die neuen Ferien- und Freizeitangebote der NS-Organisationen nahmen sie als Möglichkeit wahr, über die in den Bergarbeiterdörfern des nördlichen Ruhrgebiets besonders ausgeprägten engen sozialen Räume des Milieus hinauszukommen. Bei ihnen war die Orientierung auf Konsum, individuelle Leistung und sozialen Aufstieg noch weit stärker ausgeprägt als bei den Älteren, die eher auf Konsolidierung und Stabilisierung der eigenen Existenz setzten. Hier setzten sich im Grunde die schon für die Zeit vor 1933 festgestellten Konflikte zwischen den Generationen fort; die Angebote und Maßnahmen des NS-Regimes wurden dort begrüßt oder akzeptiert, wo sie in Opposition standen zur engen Welt der Elterngeneration und auf der anderen Seite keine aktive politische Haltung verlangten. Sie wurden dort abgelehnt, wo sie die Orientierung der Jugendlichen auf Individualismus und Aufstieg behinderten, z.B. wenn sich die Behörden gegen den Typus des »blasierten Beserwissers« unter den jungen Bergleuten wandten, der sich aufstiegsorientiert verhielt und seine Zugehörigkeit zum Bergarbeiterstand nicht länger durch Arbeitskleidung und Kaffeepulle auf dem Weg zur Zeche dokumentieren wollte.

Etwas andere, aber in diesem Zusammenhang vergleichbare Erfahrungen konnten weibliche Jugendliche in dieser Zeit machen; für Mädchen aus der Arbeiterklasse bedeuteten der BDM und erst recht das Landjahr oder andere »Dienste« außerhalb des Elternhauses und Heimortes häufig einen noch stärkeren Erfahrungsausbruch als für Jungen (Einfeldt, LUSIR II, 1983, Niethammer, LUSIR I, 1983: 199-205, Peukert 1982: 172-182). Sie boten durch die vielfältigen Führungsmöglichkeiten auch einen vorübergehenden Ausstieg aus der strikten Rollenzuteilung an Frauen in der elterlichen Familie. Für Arbeiterkinder war die Mitgliedschaft in den staatlichen Jugendorganisationen häufig mit bitteren Erfahrungen von Unterdrückung, Militarismus und sinnentleerten Gehorsamsritualen verbunden. Aber die Faszination der Einbindung in sozial gemischte Jugendgruppen und der Herausbildung von jugendspezifischen Gemeinschaftsformen überwog doch.

Am tiefsten wirkten auch hier jedoch Elemente des Individuellen und Leistungsbezogenen, was durch unablässige Wettkämpfe, Beförderungskonkurrenzen und »Bewährungen« aber auch durch Aufgabenstellungen, etwa im Landjahr und dann besonders im Krieg, die sich durch vergleichsweise hohe Verantwortung und Selbständigkeit auszeichneten, wie sie die meisten Mädchen vorher nie kennengelernt hatten, verstärkt wurde. Die Klagen der Eltern über die Entfremdung der Kinder von den Familien durch die staatlichen Jugendorganisationen haben hier ihren Grund. Sie mußten nicht notwendig die politische Entfremdung meinen; vielmehr wurden hier die Spannungen zwischen den Generationen, die schon vor Machtantritt der Nazis bestanden hatten, noch verstärkt und vom Regime gefördert. Die NS-Jugendorganisationen wurden von den Jugendlichen dabei vielfach als Möglichkeit zur Erweiterung des Erfahrungsfelds über die von den Eltern vorgegebenen Bereiche hinaus gesehen.

Die Einbindung in sozial relativ heterogene Jugendgruppen, die propagandistische wie praktische Herausstellung der Bedeutsamkeit jugendlicher Aktivität bis hin zu einem regelrech-

ten Jugendfetischismus in der öffentlichen Selbstdarstellung des Regimes, die Mischung aus Gemeinschaftserlebnis und Profilierungsdruck und -chance für die Einzelnen in der Gruppe betonten schon in den 30er Jahren einen generationellen Bruch in den Perspektiven der Arbeiterschaft im Revier.

Kriegszeiten

Die Fragmentierung der Erfahrungsbereiche der Ruhrarbeiterschaft wurde seit Beginn des Krieges ausgeweitet und forciert. Schon der Begriff »Kriegsbeginn« in seinen sehr unterschiedlichen subjektiven Bedeutungsgehalten zeigt dies. Daß der 1. September 1939 als politisches Datum und als Tag erinnert wird, an dem lang gehegte Befürchtungen Wirklichkeit wurden, ist naheliegend. Lebensgeschichtlich aber liegen die mit dem Krieg verbundenen Einschnitte an anderen Punkten, die jeweils den Beginn der unmittelbaren Berührung mit den Kriegsereignissen im engeren Sinne bezeichnen. Dies war für die einen die Einziehung zum Reichsarbeitsdienst, an den sich Militärzeit und Kriegsteilnahme unmittelbar anschlossen, so daß für manche schon 1937 eine mehr als zehnjährige ununterbrochene Phase des Lebens in militärischen Organisationen — Arbeitsdienst, Wehrmacht, Kriegsgefangenschaft — begann. Da die Einziehungsquoten in den rüstungswichtigen Großbetrieben des Ruhrgebiets bis Ende 1941 aber stark unterdurchschnittlich waren, wird von den meisten männlichen Interviewpartnern der Beginn der »schlechten Zeiten« erst mit etwa 1942 datiert. Dies stimmt auch mit den Erinnerungen von Frauen, Jugendlichen und dauernd uk-gestellten Männern überein, für die der Wendepunkt durch das Einsetzen regelmäßiger alliierter Bombenangriffe auf das Ruhrgebiet 1943 bestimmt war (Herbert, LUSIR I, 1983: 86 f., Einfeldt, LUSIR I, 1983: 281 ff.)

Mit diesem je unterschiedlich terminierten Wendepunkt aber trennten sich die Erfahrungen der Einzelnen mehr und mehr von ihrer sozialen Prädisposition, und andere Kriterien gewannen größere Bedeutung: ob einer eingezogen oder uk (unabkömmlich)-gestellt wurde, an die West- oder an die Ostfront kam, verwundet wurde oder nicht; ob eine Familie am Stadtrand oder in den bombengefährdeten Innenstädten lebte, ob sie ausgebombt wurde oder nicht; ob die Kinder evakuiert wurden, ob man Ausgebombte oder Flüchtlinge aufnehmen oder selbst bei Fremden unterkommen mußte — das waren Kriterien, nach denen sich das Schicksal der Einzelnen formte und sich ihre Erfahrungen prägten.

Die Analyse von Erinnerungen an die Kriegszeit zeigt hier die Bandbreite der Erfahrungsmöglichkeiten und ihrer Verarbeitungsformen — die zunehmende Lösung der individuellen Erfahrung von den sozialen Grundkonstellationen ist dabei das beherrschende Ergebnis. Dabei werden auch Defizite der sozialgeschichtlichen Erforschung der Kriegszeit deutlich: Dies gilt zunächst für die Sozialgeschichte der Soldaten. Die große Bedeutsamkeit der Erfahrungen während des Krieges für das weitere Leben der Wehrmachtssoldaten ist in den Interviews unübersehbar, und in vielen Fällen bildet das »Kriegserlebnis« bis heute einen Lebensmittelpunkt, dessen Intensität noch immer Gegenstand von Abarbeitungs- und Orientierungsversuchen darstellt (Niethammer, LUSIR I, 1983). Die je nach Glück oder Unglück ein paar Monate oder 10 Jahre dauernde Soldatenzeit hat dabei aber nicht nur die bis dahin engen räumlichen Erfahrungsbereiche gesprengt, sondern auch die sozialen, und sie hat die politischen und moralischen Werthaltungen tiefgreifend verändert. Die langfristigen Auswirkungen von Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft aber sind bislang nur wenig erforscht (vgl. Długoborski 1981, Steinert

1970, Lehmann 1983: 120 ff., 1984) und die Hinweise aus unseren Interviews lassen auch erkennen, warum: diese Auswirkungen wurden auf eine teils vorbewußte, teils vorgesellschaftliche Ebene abgeschoben. Fast alle Soldaten kamen mit einem beschädigten Selbstbild als Mann nach Hause zurück, sei es, daß sie von einer großen Kriegsmaschinerie gegen ihren Willen herumgestoßen worden waren und nur mit knapper Not überlebt hatten, sei es, daß sie den Krieg (oder doch seine ersten zwei Jahre) begrüßt und zu ihrer Sache gemacht hatten und danach sowohl moralisch als auch als Verlierer kompromittiert waren. Die meisten kamen spät zurück und brauchten lange, bis sie im zivilen Leben sich wieder zurechtfinden, besonders wenn sie auch noch durch Folgen des Krieges behindert waren. Die Gesellschaft, in die sie zurückkehrten, war mit dem Überleben beschäftigt und hatte für sie allenfalls den lieblosen Trost über, daß ihre Jahre im Krieg »sinnlos« gewesen seien. Was sie für sie bedeuteten, mußten sie mit sich selbst ausmachen: in die Perspektiven der Nachkriegszeit paßten ihre Erlebnisse nicht. Die existentielle Erregung und soziale Sinnlosigkeit des Krieges wurden in die Zellstruktur des Privatlebens eingeschlossen und übertrugen sich hier — direkt oder diffus — auf Arbeitsmotive, Sinnersatz und die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und Generationen.

Die Erfahrungen derjenigen, die den Krieg nicht oder nicht überwiegend als Soldaten erlebt haben, sollen in drei Aspekten angesprochen werden: die Auswirkungen der deutschen militärischen Erfolge in der ersten Kriegshälfte auf das Bewußtsein der Ruhrarbeiterschaft, die sich ausweitende soziale und räumliche Mobilität und die spezifischen Erfahrungen von Frauen.

In den Erinnerungsinterviews mit Frauen wie mit Männern der Generation der damals Erwachsenen wird die positive Entwicklung des Familienlebens, der Stabilität, der Freizeit bis in den Krieg hineingezogen, nun ergänzt um Berichte, die allesamt davon handeln, welche Anstrengungen es kostete, das in der Vorkriegszeit mühsam erreichte Niveau des Lebensstandards durch den Krieg nicht zerstören zu lassen — die Stabilität der Höhe der Verbraucherausgaben bis 1941 spricht dafür, daß dies einigermaßen gelungen ist (vgl. Milward 1966). Der Krieg wurde, was den privaten Bereich angeht, bis zu dieser Zeit noch vorwiegend als Störfaktor eines relativ stabilen Privatlebens angesehen.

Daneben aber stand die Rezeption der militärischen Erfolge der Wehrmacht in der ersten Kriegshälfte, die in den Interviews zuweilen präzise geschildert werden; manche erinnern sich an die Höhepunkte von »Begeisterung« nach dem deutschen Einmarsch in Paris, nach den Siegen in Nord- und Südosteuropa — und häufig mit ausdrücklichen Hinweisen, zu dieser Zeit habe kaum einer am deutschen Sieg gezweifelt.

Diese Ausweitung von der Duldung und Hinnahme des NS-Regimes zu Elementen partieller Zustimmung kommt in den Berichtsquellen deutlicher und in verallgemeinerter Form zum Ausdruck (Boberach 1984: vgl. 17.6. u. 24.6. 1940, Bd. 4, S. 1261 u. 1305, Kershaw 1980: 135 bis 148). Nichts läßt erkennen, daß nicht auch große Teile der Arbeiterschaft diese kriegerische Legitimation des Regimes akzeptiert hätten, zumal die Erwartung, daß Krieg Niederlage bedeute, in der »Blitzkriegs«-Phase widerlegt zu werden schien (vgl. auch Behnken 1980: 1939, S. 986 f.).

Darüber hinaus wird man aber vor allem die Widersprüchlichkeit der Kriegserfahrungen betonen müssen; die Hinweise der zeitgenössischen Berichtsquellen auf die »Stimmung und Haltung« in der Arbeiterschaft decken sich dabei nicht mit den Ergebnissen der Interview-Analysen. Die Meldungen der SD-Spitzel nämlich berichteten ständig von der Zunahme der Kritik an den Arbeitsbedingungen in den Betrieben, von der Unzufriedenheit in der Bevölke-

rung über die Lebensmittelrationierung und der Ablehnung der Versuche des Regimes, die Frauen stärker zur Kriegsproduktion heranzuziehen — Gegenstände häufiger Beunruhigung in der Regimeführung, für die die »Ruhe an der Heimatfront« unabdingbare Voraussetzung für eine sich ausweitende Kriegspolitik war (Mason 1977: 299 ff.; vgl. auch Winkler 1977). In den Interviews hingegen sind diese Elemente zwar auch präsent, aber nicht miteinander verbunden oder politisch aufgeladen; die einzelnen Erfahrungen haben keinen gemeinsamen Nenner und sind nur schwer Begriffen wie Zustimmung oder Ablehnung des NS-Regimes zuzuordnen; ein »Resistenz«- oder »Oppositions«-Potential in der Arbeiterbevölkerung generell läßt sich daraus nur schwer herausarbeiten. Kritik und Opposition galten einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen des Regimes im Zuge der Totalisierung des Krieges, verbanden sich aber bei den meisten nicht zu einer politischen Haltung (Mason 1982: 46 ff.).

Für die vom Kriegsdienst freigestellten Arbeiter boten sich in den Betrieben vermehrt Möglichkeiten zum Aufstieg, wie sie ihnen bis dahin nicht begegnet waren. Zum einen war die uk-Stellung selbst Ausdruck der eigenen Unverzichtbarkeit und insofern ein Privileg gegenüber denen, die eingezogen wurden (Werner 1983: 58 ff., 81 ff., 254 ff.). Auf der anderen Seite bot vor allem der in den Industrieregionen seit Ende 1941 verstärkte Arbeitseinsatz der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen für viele deutsche Arbeiter die Gelegenheit zum Aufrücken in Vorarbeiter- und Aufseherpositionen, wobei diese Aufstiegsmöglichkeit verbunden war mit einer vom Regime durchaus beabsichtigten, für den Einzelnen zunächst unmerklichen Veränderung der eigenen Rolle vom passiven zum aktiven Faktor der gesellschaftlichen Integration. Unabhängig davon, wie die einzelnen die ihnen zugewiesenen Ausländer behandelten, ermöglichte deren Anwesenheit für die deutschen Arbeiter einen sekundären sozialen Aufstieg durch »Unterschichtung« und die Erfahrung, daß die Perspektive für sie über das »Unten-sein-und-untenbleiben« hinausgehen konnte (vgl. Herbert 1985, 1983: 233-266, v. Plato, 1984: 28-34; vgl. auch Hoffmann-Nowotny 1973: 51 ff.). In anderer, nicht weniger einschneidender Weise galt dies auch für viele Frauen. Am Beispiel weiblicher Angestellter konnte gezeigt werden, wie sich Frauen auf den Plätzen eingezogener Männer in den Büros in kurzer Zeit einarbeiteten und in Bereichen bewährten, die traditionell als Männerdomäne gegolten hatten (Schmidt, LUSIR I, 1983: 133-162). Diese Erfahrungen dürften sich aber schwerlich auf andere Bereiche, vor allem nicht auf die Dienstverpflichtungen in die Rüstungsproduktion verallgemeinern lassen, denn es blieb eine der Maximen nationalsozialistischer Familien- und Sozialpolitik, keine allgemeine Dienstverpflichtung für Frauen zu erlassen, die wirklich einschneidend gewesen wäre — die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen stieg während des Krieges nicht in nennenswertem Umfang an, bis 1941 fiel sie sogar (Milward 1977: 222-225).

Eine Untersuchung der Lebenserinnerungen von damals dienstverpflichteten Arbeiterfrauen im Kontext unseres Projekts zeigt zudem, daß die betroffenen Frauen die Arbeit in der Fabrik nicht als »Chance« zur Erweiterung ihres Erfahrungshorizonts begriffen, sondern als Zwang, als Zumutung und als unerträglich schwere Belastung, der sie irgendwie zu entkommen versuchten. Demgegenüber zeigen die Interviews mit jüngeren Frauen, die nach der BDM-Zeit während des Krieges zu den sogenannten »Diensten« herangezogen wurden, daß die dort gemachten Erfahrungen durchaus prägend waren und zum Teil auch positiv bewertet wurden (Einfeldt, LUSIR II, 1983). Die typische Form der Frauenarbeit im Zweiten Weltkrieg bestand nicht, wie im Ersten, in Industriearbeit, sondern in solchen »Diensten« — von der Beschäftigung als Hilfskrankenschwester im Lazarett bis zur Scheinwerferführerin bei der Flak oder Küchenleiterin im Ostarbeiterlager — und zwar nicht zuletzt deshalb, weil viele Frauen durch freiwillige Meldungen für solche Tätigkeiten die Dienstverpflichtung in die

Rüstungsindustrie umgehen konnten. Zwar wurden auch solche Beschäftigungen oft als Zusatzbelastung in ohnehin schweren Zeiten angesehen, aber dies wurde wenigstens zum Teil aufgewogen durch Erfahrungen in als interessant empfundenen Bereichen, in denen die Einzelnen zudem häufig Verantwortung und Weisungsbefugnisse bekamen — sei es, daß sie wegen Ärztemangel komplizierte, normalerweise ausgebildeten Ärzten vorbehaltene Aufgaben erledigten, daß sie bei Luftangriffen für die Scheinwerferbatterien eines strategisch wichtigen Punktes verantwortlich waren oder eine Lagerküche mit 30 Beschäftigten für 1 500 Lagerbewohner organisierten. Hier erweiterten sich die Erfahrungsbereiche junger Frauen in der Tat erheblich; andererseits ersetzte dies aber nicht den Wunsch zur Rückkehr in die Familie (oder zu ihrer Gründung) — dazu wurde die Kriegssituation zu sehr als Sondersituation begriffen, die durch Angst und zusätzliche Belastung gekennzeichnet war, was durch die neuen Erfahrungen nicht ausgeglichen wurde. Aber es wurden Aktivitätspotentiale freigesetzt, die bei vielen eine Beschränkung auf die reine Hausfrauen- und Mutterrolle auf längere Sicht unmöglich oder zur tiefgreifenden Frustration machen würden. Auf jeden Fall schien auch von hier aus eine Rückkehr in Geschlechterverhältnisse, wie sie in den Arbeiterfamilien der Weimarer Zeit üblich waren, nur mit erheblichen Problemen denkbar (Einfeldt, LUSIR II, 1983, Niethammer u. Herbert, LUSIR I, 1983: 199 ff., 238 ff.).

Durch die Bombardierungen der Ruhrgebietsstädte seit Anfang 1943 wurden die gewachsenen sozialen Strukturen schließlich auch im unmittelbaren, materiellen Sinne zerstört: Belegschaften, Nachbarn, Freunde, Verwandte und Familien wurden auseinandergerissen und die Wahrnehmung immer stärker auf das eigene Schicksal reduziert. Es ist in diesem Zusammenhang kein Zufall, daß sich nach den SD-Berichten gerade an die Evakuierungsmaßnahmen die heftigsten sozialen Auseinandersetzungen der letzten Kriegssphase banden, wie W.F. Werner, der diesen Zusammenhang rekonstruiert hat, schreibt: »Die Hartnäckigkeit, mit der versucht wurde, alle Umquartierungsmaßnahmen zu 'sabotieren', zeigte die Entschlossenheit eines beträchtlichen Teils der Arbeiterschaft, den Familienzusammenhalt als letzte Bastion in dem zunehmend desintegrierenden Netz der Sozialbindungen ohne Rücksicht auf die Folgen zu erhalten... Gegen Eingriffe in ihren privaten Bereich, in dem jeder Arbeiter sehr wohl zu wissen glaubte, was ihm zuträglich war und was nicht, wehrten sich auch die vielen apolitischen oder apolitisch gewordenen Arbeiter gegen das Regime.« (Werner 1983: 268-274, hier: 273 f.; vgl. auch Herbert, LUSIR II, 1983: 274, Anm. 35)

Durch die Zerstörung der Wohngebiete und Betriebe, die Verlagerung von Betrieben und Belegschaften, die Familienevakuierungen und die Massenfluchten der Bevölkerung aus den bombardierten Städten in der letzten Kriegssphase und nach dem Kriege durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie durch Demontagen und Wohnungsneubau wurden auch die materiellen Grundlagen für ein mögliches Wiederaufleben der alten Sozialmilieus verändert, oft sogar zerstört. Die einstmaligen homogenen Arbeiterviertel mit gewachsenen sozialen Strukturen, die oft in der Nähe der großen Betriebe lagen, wurden durch Bombenangriffe besonders stark in Mitleidenschaft gezogen (vgl. Herbert, LUSIR II, 1983: 273 f., Anm. 31, Recker 1979). Ein nahtloses Wiederanknüpfen an der Vorkriegssituation wäre hier meist selbst dann unmöglich gewesen, wenn die Basis der Milieus durch sozialen Wandel und Ausweitung der Erfahrungsräume nicht wie beschrieben von innen heraus schon ins Wanken gekommen wäre.

Der Bombenkrieg war aber auch das entscheidende Element zur Desintegration jener Zustimmung zum Regime, die auch in der Arbeiterschaft 1940/41 ihren Höhepunkt erfahren hatte. Die Reduktion der sozialen Wahrnehmung auf den unmittelbaren Zusammenhang

der eigenen Existenz war nicht nur der Grund, sondern auch Ausdrucksform dieser Entwicklung, ebenso wie das wachsende Desinteresse an allen politischen und gesellschaftlichen Ereignissen. Je länger der Krieg dauerte, desto stärker, unmittelbarer und ausschließlicher konzentrierte sich das eigene Handeln und Interesse auf die eigene Existenz und Überlebensimprovisation. Dabei gewannen Familie und Arbeitsplatz noch an Bedeutung, weil sie bei dieser Reduktion auf die elementaren Wünsche und Bedürfnisse noch die sichersten Stützen für das Überleben darstellten. In manchen Betrieben ist bis in die letzten Kriegstage unvermindert weitergearbeitet worden. Dafür waren nicht nur die Zwangsmittel des Regimes verantwortlich, sondern die bis in den letzten Kriegstag feststellbare Orientierung auf den Betrieb bedeutete auch das Festhalten an dem einzigen Ort, der »wenigstens einen Abglanz an Normalität« (Werner) in einer völlig chaotisch gewordenen Umwelt bot — außerdem war für die Arbeiterschaft nur mit einem Arbeitsplatz eine Perspektive für die Zeit nach dem Kriegsende denkbar.

Perspektiven der Faschismuserfahrung

Die 12 Jahre des Dritten Reiches haben die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets tiefgreifend und umfassend verändert. Die daraus resultierenden Perspektiven der Faschismuserfahrung lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Das Syndrom nationalsozialistischer Sozialpolitik gegenüber der Arbeiterschaft aus Sicherheit des Arbeitsplatzes, relativ hohen Löhnen, sozialer Versorgung, Freizeitmöglichkeiten, Familienorientierung und Nationalisierung des Unterhaltungsmarktes hatte vielfach positive Erinnerungen hinterlassen. Diese beschrieben aber in erster Linie nicht erlebte Wirklichkeit, sondern neu entstandene Zukunftshoffnungen: die Idee von anderen, sozial abgesicherten, individuelleren Perspektiven. Die wenigen Jahre, in denen solche Pläne entstanden, reichten nicht aus, um daraus schon langfristig wirksame Veränderungen der Lebensweisen zu entwickeln. Aber alle zukünftige Politik würde sich bei der Arbeiterschaft an den Erfahrungen und Hoffnungen der 30er Jahre messen lassen, zugleich aber die negativen Seiten dieser Erfahrungen — Rechtlosigkeit, Unterdrückung, überlange Arbeitszeiten, Arbeitshetze — durch ein wirksames System der Interessenvertretung berücksichtigen müssen. Die Orientierung der individuellen Durchsetzungsfähigkeit am Markt bedurfte also einer effizienten Vermittlung von kollektiven Interessen, ohne das individuelle Fortkommen dabei zu behindern.

2. Einer Rekonstruktion der Bedeutung der Milieus als Basis symbolischer Sinngebung standen von daher gewichtige Veränderungen in den Erfahrungen und Lebensformen der Arbeiterschaft entgegen. Die Tendenzen in Richtung auf Familie, Primat des Privatlebens vor der Halböffentlichkeit der Nachbarschaften, Individualisierung und Mobilität ebenso wie die Erweiterung der sozialen und geographischen Erfahrungsräume vor allem während des Krieges hatten die Prädispositionen in der Arbeiterklasse des Reviers deutlich verändert. Die Auswirkungen waren bei den einzelnen Generationen freilich unterschiedlich: Zwar war die Lebensperspektive der Älteren eher durch das Verlangen nach Stabilität und durch den Rückzug auf Familie und Beruf als Konsequenz der leidvollen Erfahrungen vor und während der nationalsozialistischen Herrschaft beschränkt, aber sie konnten noch auf ältere Erfahrungen der Kollegialität und Selbsthilfe zurückgreifen. Dagegen waren für viele Jüngere Aspekte wie sozialer Aufstieg, Modernität, Leistungsorientierung durch ihre Erfahrungen

während der NS-Zeit durchaus positiv besetzt. Hier waren neue Möglichkeiten und Perspektiven sichtbar geworden und hinterließen Hoffnungen und Wünsche nach einem Ausbruch aus der Armut und der stagnierenden Perspektive des Arbeiterlebens.

3. Zugleich hatte sich die politische Orientierung der Arbeiterschaft gewandelt. Der Kommunismus, der früher besonders für die jüngeren Arbeiter und Arbeitslose attraktiv gewesen war, galt jetzt vielen Jungen als ein Phänomen der Vergangenheit und war vorwiegend als Objekt der antikommunistischer Propaganda der Nationalsozialisten bekannt (vgl. v. Plato 1984: 84), während der größte Teil der einstigen KP-Kader von den Nazis verfolgt und oft ermordet, ein kleinerer kompromittiert worden war. Die nicht ganz bedeutungslose Anhängerschaft der Nazis in den Betrieben von 1933 existierte 1945 ebenfalls nicht mehr; sie war widerlegt. Und was der von alten SPD- und Zentrumsfunktionären vermutete latente Zusammenhalt ihrer einstigen Basis jetzt noch bedeuten konnte, mußte sich erst noch zeigen.

Darüber hinaus aber waren die alten Verbindungen zwischen Betriebsarbeit, Wohn- und Freizeitbereich und politischer Orientierung zerstört worden. Durch Entpolitisierung und zum Teil auch politische Kompromittierung von Teilen der Arbeiterschaft waren die sozialistischen Selbstverständlichkeiten in der Arbeiterklasse weithin verkommen und die Frage, ob und wie die Arbeiterbewegung nach dem Krieg wiederentstehen könnte, relativ offen.

4. In der starken Hinwendung auf die Familie im Zuge der Entwicklung seit etwa 1935 kamen jenseits der Hauswirtschaft Möglichkeiten eines erweiterten und verinnerlichten Familienlebens in Sicht. Während die Kriegs- und Nachkriegsnot die ersten Anzeichen zu einer Entlastung der Hausarbeit ins Gegenteil verkehrte, unterstrich sie das Bedürfnis nach Familie als letztem Hort materieller und emotionaler Sicherheit. Das gab auch jenen Frauen der jüngeren Generation, die in BDM und Krieg neue Aktivitäts- und Verantwortungspotentiale in sich entdeckt hatte, für eine Übergangszeit einen bedeutsamen innerfamiliären Aufgabenbereich. Es ließ sich aber absehen, daß er sie jenseits des materiellen Notstands und der Depression der Kriegsheimkehrer nicht lange würde mehr ausfüllen können.

Nachkriegszeiten

Vorläufer der historischen Beschäftigung mit der deutschen Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit waren in den 50er Jahren die Untersuchungen vor allem von Betriebssoziologen, die das Bewußtsein der Arbeiter untersuchten, deren wesentliche Befunde — in Stichworten: Resignation, dichotomisches Weltbild — aber nicht in Bezug gesetzt wurden zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, sondern als Momentaufnahmen der frühen 50er Jahre mit Auswirkungen für die Zukunft bekannt und einflußreich wurden (vgl. Popitz, Bahrdt 1977, Jantke 1953, Croon, Utermann 1959; dagegen: Parisius, LUSIR II, 1983; vgl. auch Kudera 1979). Neuere Tendenzen gerade der jüngeren Generation der Arbeiterschaft der 50er Jahre faßte die Soziologie in der Perspektive der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« zusammen — auch dies eine einflußreiche These, die die historische Entwicklung jedoch nur wenig berücksichtigte (Schelsky 1979, Dahrendorf 1957; vgl. auch Mooser 1984). Ansatzpunkt der zeitgeschichtlichen Beschäftigung mit der Arbeiterschaft der Nachkriegszeit war vor allem die Organisations- und Programmgeschichte der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften (Winkler 1979), sowie die Untersuchung der durch die alliierten Besatzungsmächte definierten Rahmenbedingungen und Spielräume (Schlauch 1980, Steininger 1979).

Sozialgeschichtliche Forschungen zur Situation der Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit gibt es hingegen nach wie vor nur wenige; etwa zur Versorgungslage, zum Verhältnis von politischen und wirtschaftlichen Zielen in der Arbeiterschaft, zur Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen (Kleßmann 1982: 37-120).

Wichtig war in diesem Zusammenhang die Entdeckung einer breiten und differenzierten Aktivität unterhalb der Organisationsspitzen in den ersten Nachkriegswochen (vgl. Niethammer 1976, Pietsch 1978) und die Erkenntnis, daß es zwischen dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland und der Installation des westdeutschen Teilstaates ab 1948 eine in vieler Hinsicht offenere Lage gegeben hatte als bis dahin vermutet, sowie eine durch die Niederlage des Faschismus freigesetzte Erwartung der Dominanz der Linken auch in den Westzonen; wenn auch deutlich wurde, daß dies eher durch das Verschwinden der Rechten von der politischen Bildfläche und im Zuge einer »allgemeinen Erwartung eines nun fälligen, irgendwie sozialistischen Aufbaus« (Niethammer 1979: 28) begründet war als durch die politische Präsenz und Verankerung der Linken in der Arbeiterschaft. Dennoch entstanden daraus zum Teil überzogene Vorstellungen von der Verbreitung linker Positionen bei den Arbeitern und ein etwas mechanistisches Bild von der Restauration, vom »erzwungenen Kapitalismus« in der Nachkriegszeit, der gemeinsam von den Westalliierten, den bürgerlichen Parteien, der Führung der Großindustrie und SPD- und Gewerkschaftsführern gegen den Willen der Arbeiterschaft durchgesetzt worden sei (vgl. Schmidt, Fichter 1971, Huster 1972, Badstübner, Thomas 1975).

Die Frage, wie es kommen konnte, daß die Nachkriegsdominanz der Arbeiterbewegung in knapp drei Jahren verloren ging und schon bei der Gründung der Bundesrepublik die bürgerlichen Parteien auf Bundesebene deutlich stärker waren als die Linke, kann aber ohne die Betrachtung der Haltung der Arbeiterschaft selbst nicht befriedigend beantwortet werden — hier setzte auch unser Projekt an. Auf der anderen Seite verlief im Ruhrgebiet die Entwicklung ja anders; denn hier wurde die SPD (nach einigem Zögern bei den ersten Nachkriegswahlen) bald zur weitaus stärksten Kraft (obwohl sie vor 1933 hinter Zentrum, KPD und NSDAP eher ein Schattendasein geführt hatte) (Rohe 1960, 1979, Milatz 1960, Kühr 1960).

Für die Nachkriegszeit standen bei unseren Interviewanalysen zusammengefaßt drei Fragen im Vordergrund:

— Welche Ursachen hatten Entstehung und Verlust linker Dominanz bzw. Dominanzerwartung während der Jahre nach dem Krieg in der Haltung und den Erfahrungen der Arbeiterschaft selbst?

— Warum orientierte sich die Ruhrarbeiterschaft im Bruch mit vorkommunistischen Traditionen zur SPD und nicht — wie vor 1933 — vorwiegend zu den Kommunisten oder der katholischen Arbeiterbewegung?

— Welche mittel- und langfristigen Auswirkungen hatten die während der Nachkriegszeit gemachten Erfahrungen auf Verhalten und Einstellung der Arbeiterschaft?

An das Datum des Kriegsendes erinnern sich die meisten, die es im Ruhrgebiet erlebten, als »Erlösung«, weil endlich die qualvollen Nächte in den Bombenkellern zu Ende waren und sich die Furcht vor den Siegern, die vor deren Einmarsch groß gewesen war, dann doch nur für wenige als berechtigt erwiesen hatte. Lebensgeschichtlich aber war hier für viele kein Wendepunkt, die Periodisierung der Biographien geht über das Kriegsende hinweg und umfaßt — »erst die Bomben, dann der Hunger« — die schlechten Kriegs- und Nachkriegsjahre insgesamt, die erst mit der Wiedereinkehr »normaler Verhältnisse« zu Ende waren; bei vie-

len ist dieser Endpunkt präzise fixierbar: 21. Juni 1948, Tag der Währungsreform (Abelshauer 1983, Niethammer, LUSIR II, 1983: 79-87, Herbert, LUSIR I, 1983; Illich 1982). Die Entwicklung bis dahin soll im Folgenden anhand einiger markanter Aspekte näher charakterisiert und im Hinblick auf Erfahrungen der Ruhrarbeitschaft betrachtet werden.

Mit dem Einmarsch der Alliierten war die relativ privilegierte Versorgungssituation der deutschen Bevölkerung zu Ende, und die während der letzten Kriegsphase schon immer ausschließlicher auf das eigene Überleben gerichtete Haltung verstärkte sich noch — in der Ruhrarbeitschaft verbunden mit der deprimierenden Erkenntnis, daß vor allem sie es war, die die Kosten der Niederlage zu tragen hatte: Viele Arbeiterwohnviertel waren zerstört, die Betriebe wurden von den Alliierten geschlossen, und Vorräte besaßen die meisten Arbeiter nicht. An diese Situation knüpften die meisten Arbeiterkader bei Kriegsende an. Schon die Antifa-Komitees — oft als Beleg für die spontane, quasi revolutionäre, jedenfalls radikale Linkstendenz in der Arbeiterschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit genommen — hatten vor allem hier ihre Stoßrichtung: Unschädlichmachung lokaler Nazi-Führer und Überwindung der wirtschaftlichen Lähmungskrise — Trümmerräumung, Reparatur von Versorgungsanlagen, Beschaffung von Lebensmitteln, Wiederinstandsetzung von Betriebsanlagen, Verhinderung von Plünderungen, Aufstellung einer Hilfspolizei sowie Aufbau eines Organisationskerns (vgl. Niethammer 1976: 708 f., Eschenburg 1983: 105 ff.). Auch die Betriebsausschüsse, -sprecher oder -räte, die in vielen Betrieben unmittelbar nach Kriegsende gebildet wurden, hatten hier ihre Aufgabe: die Arbeitsplätze und die Wohnungen der Belegschaftsmitglieder zu erhalten oder wiederherzustellen und die elementaren Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zu gewährleisten. Oft gingen ihre Kompetenzen aber weiter: durch die Verhaftung bzw. Suspendierung der Unternehmensleitungen nahezu aller Großbetriebe im Ruhrgebiet fiel den Betriebsräten hier in den ersten Nachkriegsjahren eine Schlüsselrolle für den Wiederaufbau der Betriebe, für die Inangasetzung und den Absatz der Produktion zu (vgl. Kleßmann 1979, 1982, 1983, Pirker 1960: 115 ff., Fichter 1982: 176 ff., Niethammer 1976: 281 ff.). Die Stellung der Betriebsräte war also sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht bedeutend; welche Auswirkungen dies hatte, wird im Folgenden an verschiedenen Punkten näher zu betrachten sein.

Die Mangelerscheinungen in der Versorgung waren keine neue Entwicklung in der Nachkriegszeit, eher setzen sich die schon seit längerer Zeit festzustellenden Tendenzen zunehmender Verschlechterung fort. Auch die halb- und illegalen Methoden der Selbstversorgung durch Hamstern, Tausch- und Schwarzmarktgeschäfte stellten schon während des Krieges Massenphänomene dar (vgl. Werner 1983: 329 ff., Boberach 1984: 17. 12. 1942, S. 4581 ff., 6. 5. 1943, S. 5232 ff.). Während sie sich aber vor 1945 auf bestimmte Mangelwaren beschränkten und die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen gewährleistet war, liefen nun auch die Ansprüche der Bezugsscheine im Rahmen der Bewirtschaftungspraxis ins Leere, so daß man sich zunehmend auf die zweite Ökonomie und darin vor allem auf den Schwarzmarkt verwiesen sah. Für die Arbeiter war dies eine besonders nachteilige Entwicklung, weil sie zumeist wenig Tauschbares anzubieten hatten — der Schwarzmarkt als Bewährungsprobe für eigene Stärke und individuelles Durchsetzungsvermögen machte ihnen nur zu deutlich, daß sie nach wie vor zu den wirtschaftlichen Schwachen gehörten. Daneben aber waren hier besonders für alle im Umfeld des Ruhrbergbaus Beschäftigten auch andere Erfahrungen zu machen: da der Bergbau als einziger Industriezweig von den Alliierten gefördert wurde und ein Prämiensystem im Naturalakkord mit CARE-Paketen bezahlt wurde (Abelshauer 1975: 135 ff., Borsdorf, Föllmer-Eding 1979), war die Lage der Bergarbeiter privilegiert und

auch auf dem Markt relativ stark. Die Arbeiter anderer Branchen hatten als Einzelne für den Tauschmarkt zumeist nichts zur Verfügung; als Gruppe aber konnten sie ihre Marktmacht vervielfachen und den Schwarzmarkt über »Kompensationsgeschäfte« professionalisieren; nicht unerhebliche Teile der Reproduktionsmittel der Arbeiterfamilien des Ruhrgebiets sind offenbar auf diese Weise »organisiert« worden — damit wurden aber gleichzeitig Elemente wie »Abwertung einer sozialistischen Alternative«, »Akzeptanz des Marktes« und »Optimierung der eigenen Machtpositionen über betrieblich organisierte Klientelverbände« forciert und eingeübt (Niethammer, LUSIR I 1983: 94 f., v. Plato, LUSIR II, 1983).

Solche Kompensationsgeschäfte (wie überhaupt den Versuch des Überlebens in enger Anlehnung an den Betrieb) gab es auch in anderen Industriebezirken (Kleßmann 1985: 239 f., Niethammer 1976: 305 ff., 503 ff., 609 ff.), wenn auch wohl nicht in diesem Ausmaß, da der Bergbau der einzige von der Besatzungsmacht nachdrücklich geförderte Produktionszweig war. Langfristig von Bedeutung aber war, daß im Ruhrgebiet diese Geschäfte weitgehend unter der Regie der Betriebsräte abliefen, ebenso wie die Verteilung der Versorgungsmittel, die Zuweisung von Werkwohnungen und die Entlassung bzw. Wiedereinstellung der von der Front und aus den evakuierten Betrieben zurückflutenden Belegschaftsmitglieder (Niethammer, LUSIR I, 1983: 69 ff., v. Plato, LUSIR II, 1983, Zimmermann, LUSIR II, 1983: 292 ff., v. Plato 1984: 124 ff.).

Die dabei von den Arbeitern gemachten Erfahrungen sind zum Teil widersprüchlich: einerseits wurde der Schwarzmarkt als Schieberdomäne erkannt und abgelehnt, gleichzeitig war man froh, daß man sich über den Betrieb daran beteiligen konnte. Einerseits zeigte sich hier der Markt in seiner ursprünglichen, darwinistischen Form. Auf der anderen Seite wurde durch die Erfahrungen mit der staatlichen Bewirtschaftung während des Krieges und danach auch die Propagierung einer sozialistischen Planwirtschaft als Mangelverteilung denunziert; die »Freie Marktwirtschaft« als Absage an wirtschaftliche Planungs- und Zuteilungssysteme versprach eine Alternative (Niethammer, LUSIR I, 1983: 60 ff.).

Eine verwirrende Erfahrung war auch der im Einklang mit der Kapitalseite — die dafür in der Stahlindustrie die Mitbestimmung anbot — geführte Kampf gegen die Demontage: Die Betriebsräte und weniger die politisch oft belasteten und zunächst in alliierterem Gewahrsam einsetzenden Unternehmer waren es, die den Kampf gegen die Demontage der Montanbetriebe des Reviers in den ersten Jahren führten und die in der entscheidenden Phase vorgeschickt wurden — unterstützt durch Massenaktivitäten wie Demonstrationen und Unterschriftensammlungen (v. Plato, LUSIR II, 1983: 326 ff., ders. 1984: 124 ff., vgl. Abelshäuser 1983: 123 ff.). Daß sich im Nachhinein die Demontage von veralteten Produktionsanlagen und Überkapazitäten wirtschaftlich eher positiv auswirkte, darüber wird in vielen Interviews mit männlichen Arbeitern und Angestellten reflektiert: »Wir haben demonstriert für das Bessere,« faßte einer der Betriebsräte diese Erfahrung zusammen, »aber in einer Art sind wir froh gewesen, historisch gesehen, daß sie alles abmontiert haben... da war man ja gezwungen, alles neu anzuschaffen. Und dann kam der Marshall-Plan, da hatten sie Geld und haben neu angeschafft, und was da neu angeschafft wurde — damit haben wir nachher das deutsche Wirtschaftswunder erreicht.« (Herbert, LUSIR II, 1983: 255 f.).

In der Erfahrung der Betriebsräte — bei den »einfachen« Arbeitern wird dieser Aspekt nicht so explizit, von der Tendenz her aber ähnlich ausgedrückt — war die Massenmobilisierung und politische Aktivität gegen die Demontage ein Fehlschlag; die unmittelbare Interessenvertretung, die Organisation des Betriebs und der Versorgung der Belegschaften hingegen eine Erfolgsgeschichte.

Die Nachkriegsjahre waren im Ruhrgebiet außer durch Mangel auch durch eine schier armenhafte Mobilität gekennzeichnet: die jetzt zu »DP's« gewordenen Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen zogen aus den Ruhrstädten nach Hause, die deutschen Kriegsgefangenen kehrten zurück. Dasselbe versuchten die Evakuierten, Ausgebombten und Kinderlandverschickten, wurden zunächst aber teilweise durch Zugangssperren behindert. Neu hinzu kamen Vertriebene und Flüchtlinge aus dem Osten, besonders diejenigen, die von den Arbeitsmöglichkeiten im Bergbau angelockt worden waren. Der Arbeitskräftebedarf der Zechen, bei denen man in jedem Sinne des Wortes »untertauchen« konnte, machte den Bergbau auch zu einer Zwischenstation politisch Belasteter der Besatzungszeit auf dem Weg zu einer neuen sozialen Identität (vgl. Lemberg, Edding, 1959, Bd. I: 89 ff., Mooser 1984: 110 f., Köllmann 1983).

Diese große Durchmischung der Bevölkerung hat im Ruhrgebiet zunächst nicht anders gewirkt als in anderen Regionen; da aber hier früher eine relativ homogene Arbeiterbevölkerung vorgeherrscht hatte und der Bergbau einen großen Anziehungseffekt auslöste, waren die Auswirkungen auf die Struktur der Nachkriegsbevölkerung hier besonders spürbar. Dies gilt etwa für die konfessionelle Zusammensetzung; durch das Hinzukommen vorwiegend evangelischer Vertriebenen aus dem Osten wurde die katholische Dominanz (etwa in zahlreichen Bergbaubetrieben), wenn nicht gebrochen, so doch gelockert — und mit ihr die residuale Bindungskraft der Kirche in der Arbeiterschaft. Dies gilt aber auch für die Verbreitung stärker individualistisch orientierten Leistungsdenkens, das bei den Vertriebenen besonders ausgeprägt war und zu starkem Aufstiegsdenken gerade bei denen führte, die vorher nicht Arbeiter gewesen waren und ihre soziale Deklassierung durch erhöhte Anstrengungen möglichst bald wieder ausgleichen wollten (Croon, Utermann 1959: 132 f.; vgl. Lemberg, Edding 1959, Bd. 3: 1-22, Schmidtchen 1979: 280 ff.).

Und dennoch scheint es so, als habe es »Flüchtlingsprobleme« in der Form, wie sie in nord- und süddeutschen Regionen ebenso regelmäßig wie tiefgreifend auftraten, im Ruhrgebiet nicht gegeben. Die Einwanderergesellschaft des Ruhrgebiets war selbst noch zu wenig statisch und etabliert, die Erinnerung an den eigenen Zuzug in den Westen oder den der Eltern noch zu frisch, als daß die Konflikte zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen sich hätten zuspitzen können. Das Ruhrgebiet hatte in den vergangenen Jahren mit immer neuen Einwandererwellen und von ihnen gelebt, so wurde auch diese nicht als etwas sonderlich Neues wahrgenommen.

Außer der durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse erzwungenen Mobilität und dem Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen führte die Schließung oder Teilschließung vieler Großbetriebe der Stahlindustrie für lange Zeit zu einer weiteren Lockerung traditioneller Bindungen und Gemeinschaften. Viele Stahlarbeiter mußten sich um andere Arbeitsplätze bemühen oder lange Jahre Aushilfstätigkeiten verrichten. Die Belegschaften, die schon während des Krieges durch Ausländereinsatz und Einziehungen zur Wehrmacht stark verändert worden waren, wurden erneut durchmischt; ebenso wie die Wohnviertel, wo durch Zerstörungen und Überbelegungen gewachsene Nachbarschaften verändert oder ganz aufgelöst wurden (vgl. Jantke 1953: 28 ff., Abelshauer 1983: 103 ff., Kleßmann 1982 a: 39 ff.).

Arbeitsplatz und Familie wurden erneut zu »Fluchtpunkten«; beide aber waren auf charakteristische Weise verändert. Während die Belegschaften großer Betriebe durch die entgegengesetzten Tendenzen im Kohle- und im Stahlbereich und deren Trennung durch die Besatzungsmacht teils stark vermindert, teils neu zusammengesetzt wurden, weiteten sich die Familien häufig zu regelrechten Clans aus — oft das genaue Gegenteil von dem, was sich die aus aller Welt

Heimkehrenden in ihren Wünschen nach Geborgenheit in Heim und Familie erhofft hatten, sondern eher »Selbsthilfegruppen zur Überwindung extrem elender und ungewohnter Lebensbedingungen, deren Konstitutionsmerkmal — Verwandtschaft — ihnen etwas Unentrinnbares gab.« (Vgl. Niethammer, LUSIR II, 1983: 47 f., Schelsky 1967: 347 ff., Wirth 1979, Thurnwald 1948) Aber ähnlich wie der Verdruß über Mangelrationierung und Schwarzmarkt den Wunsch nach einem Ende der Planwirtschaft und nach normaler Marktwirtschaft verstärkte, wurde für die Ruhrbevölkerung durch den Überdruß an den großfamilialen Notgemeinschaften der Nachkriegszeit der Wunsch nach einer nach außen abgegrenzten Kleinfamilie in einer »Wohnung für sich alleine« nahezu übermächtig; der »letzte große Schub zur Internalisierung sozialer Kontrolle durch die Substrukturierung der Gesellschaft durch kleinfamiliale Sozialisations- und Ordnungszellen.« (Niethammer, LUSIR II, 1983: 54 f.)

Die Überlebensstrategien der Ruhrbevölkerung in der Nachkriegszeit knüpften zunächst durchaus an Traditionen aus der Einwanderungs- und der Weimarer Zeit an; Selbsthilfe und Nachbarschaft prägten das Leben, und die Wege des Rückzugs auf Arbeit und Kleinfamilie waren den meisten vorerst versperrt. Der Unterschied zu den vorfaschistischen Traditionen bestand vor allem darin, daß die Situation nach 1945 die Reduktion allen Handelns auf die Grundbedürfnisse — Wohnen, Essen, Wärme etc. — mit sich brachte und kulturelle Elemente dabei ebenso zurücktraten wie politische. Für viele der Älteren war nach dem Kriege dieses Anknüpfen an elementaren Formen kollektiver Lebensbewältigung im alten Arbeitermilieu eine Selbstverständlichkeit, für die mittlere und jüngere Generation war sie es nicht mehr (v. Plato 1984: 102 ff., 113 ff., ders., LUSIR II, 1983: 326 ff.).

Im Großen erfuhren sich die Arbeiter im Ruhrgebiet nach 1945 wie vorher vor allem als Opfer und Objekt politischer Entscheidungen, die sie nicht bestimmen konnten; das war im Zusammenhang mit Sozialisierung und Demontage noch einmal ausdrücklich bestätigt worden. Hingegen zeigte die Tätigkeit der Betriebsräte, daß zumindest ein Betrieb eine erfolgreiche Interessenvertretung möglich war: hier konstituierte sich ein Politikmodell, das in den folgenden Jahren in modifizierter Form noch an Bedeutung gewinnen und auch ein politischer Faktor werden sollte. Die Bedeutung der Betriebsräte als »Basiseliten« war allerdings weniger durch spezifische soziokulturelle und politische Zuordnungen wie in den Arbeitermilieus der Weimarer Zeit abgestützt, sondern in einer neuen und vereinheitlichten Weise durch ihre Leistung und Effizienz. Politischer Ausdruck dessen wurde die Einheitsgewerkschaft, deren Funktionäre aus den verschiedenen politischen Richtungen der Arbeiterbewegung kamen, denen Pragmatismus und Basisnähe aber gemeinsam war (v. Plato, LUSIR II, 1983: 312 ff., Borsdorf 1974, 1977, Klein 1972, Niethammer 1975).

Weder gemeinsame Traditionen noch eine explizite, weitreichende politische Programmatik stellten dabei die Grundlage der Beziehung zwischen Basiseliten und Arbeiterschaft dar; sie gründete vielmehr auf der Durchsetzung von Teilhabe und Rechten im Betrieb (und darüber hinaus) und entwickelte das Grundmuster von Leistung und Loyalität.

In seiner Struktur lag dieses Syndrom aus Pragmatismus und Effizienz der kommunistischen, teilweise auch der christlichen Arbeiterbewegung fern, denn es machte weltanschauliche Gebundenheit und politische Langzeitprogramme zur Privatsache — zudem waren beide Gruppen durch andere Faktoren gehandicapt: die Kommunisten verfügten zwar über betrieblichen Einfluß und zahlreiche integre Basisvertreter, wurden aber durch ihre außenpolitischen Bindungen im Zuge des Kalten Krieges immer stärker isoliert und waren insofern nicht glaubwürdig, als zwischen betriebsorientiertem Handeln und politischer Programmatik ein

Spalt klappte, der etwa in der Demontagepolitik vollends offensichtlich wurde (Kleßmann 1982 a: 126 ff., v. Plato, LUSIR II, 1983: 351 ff., dagegen: Mannschatz, Seider 1962).

Auch den christlichen Arbeitervertretern im Ruhrgebiet gelang es zunächst durchaus, an ihre Traditionen von vor 1933 anzuknüpfen und Teile der Arbeiterschaft über das politische und organisatorische Engagement der christlichen Betriebsräte in die Nähe der CDU zu orientieren (vgl. Buchhaas, Kühn 1960: 136 ff., Kühn 1979: 74 ff., Schmidt 1983, Forster 1977: 109 ff., Höffner 1949). Daß sich dies auf mittlere Sicht nicht durchsetzte und die CDU an der Ruhr zunehmend ihre Anhänger in der Arbeiterschaft verlor, hatte verschiedene Ursachen. Zum einen verloren die Versuche zur Rekonstruktion der stark religiös besetzten Milieubindungen an Durchschlagskraft, als sich erwies, daß die sozialpolitische Ausrichtung des Zentrums der CDU nicht fortgeführt wurde und sich so für die katholische Ruhrarbeiterschaft keine spezifischen vor allem sozialpolitischen Angebote eröffneten.

Auf der anderen Seite wurde die christlich orientierte Arbeiterschaft durch die in den Nachkriegsjahren ins Ruhrgebiet strömenden Vertriebenen konfessionell erweitert, so daß eine ausschließlich katholische Arbeitnehmervertretung für die überkonfessionell angelegte CDU sehr problematisch war, während die Arbeitermilieus katholisch nicht überkonfessionell christlich ausgerichtet gewesen waren. Schließlich spielten hier auch allgemeinere politische Aspekte eine Rolle, vor allem als sich das politische und soziale Gravitationszentrum der CDU durch die Integration des deutschnationalen und des wirtschaftsliberalen Flügels stark nach rechts oben verschob (Schmidt 1981).

Für die katholischen wie die kommunistischen Vertreter der Arbeiterbewegung an der Ruhr galt zudem, daß in den Nachkriegsjahren nicht die Reorganisation der Traditionszusammenhänge, sondern die Effektivität der betriebsnahen Vermittlung vorwiegend sozialer Interessen von den Belegschaften honoriert wurden — wollten sie erfolgreich sein, mußten sie den Weg von den Wiederbelebungsversuchen der Milieus hin zur Integration in einen zwar effektiven, aber politisch und kulturell gesichtslosen Apparat der institutionalisierten, nach unten klientelhaft organisierten Vorteilsvermittlung gehen. Unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, ob kommunistisch, sozialdemokratisch oder »schwarz«, sahen sie sich in der Verfolgung politischer Langzeitperspektiven von oben durch das Veto der Besatzungsmächte, von unten durch das Beharren der Masse der Arbeiterschaft am Wiederaufbau von Familie, Wohnung, Arbeitsplatz und individueller Zukunft behindert. Dazwischen eröffnete sich ein Raum der Koordination, was zwar ihre Rolle in bis dahin unbekannte Größenordnungen aufwertete, zugleich aber einer programmatischen, kulturellen oder symbolischen Alternative zur Gesamtgesellschaft entkleidete.

Für die Sozialdemokraten traf dies noch am wenigsten zu, war ihre Tradition doch schon in der Weimarer Zeit an systemimmanenten Befriedigungen orientiert und weniger ideologisch aufgeladen gewesen als diejenige von Katholiken oder Kommunisten. Der durch Druck von oben und unten entstandene Zwang zum Pragmatismus in der Nachkriegszeit kam ihnen insofern entgegen; sie waren daher am ehesten in der Lage, den seit den 30er Jahren veränderten Perspektiven und Erfahrungen der Ruhrarbeiterschaft in der Praxis zu entsprechen und sie durch eine Orientierung auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzsicherheit, Mitbestimmung und staatliche Sozialpolitik zu konkretisieren.

Die Errichtung eines basisnahen, betrieblich orientierten, später noch ausgeweiteten Systems der Interessenvertretung, das den Einzelnen von der Notwendigkeit der »Tarifpolitik auf eigene Faust« enthob, soziale Verbesserungen ohne eigene politische Aktivität ermöglichte und einen wirksamen Beschwerdeweg über Vertreter der Arbeiterseite eröffnete, bannte zu-

gleich die Traumata der Individualisierungserfahrung seit den 30er Jahren: Rechtlosigkeit und Überausbeutung (Zimmermann, LUSIR II, 1983, v. Plato 1984: 171 ff.).

Das alles wird jedoch in seiner Wirksamkeit erst recht verständlich vor dem Hintergrund des Wiederaufbaubooms, der die Grundlage für ein auf stetiges Wachstum abgestelltes Marschziel der Arbeiterbewegung abgab. Dadurch wurde aber gleichzeitig die Ablösung aus symbolischen und kulturellen Kompensationen der Lage der Arbeiterschaft in weltanschaulichen Lagern ermöglicht und ihr Ersatz durch materielle Fortschritte gefördert. Und nirgendwo sonst in Westdeutschland wurden diese Partizipationsstrukturen, auf denen ein Gutteil der Fähigkeit der Basiseliten zur Verlängerung ihrer Nachkriegsfunktionen in die 50er Jahre aufbaute, so fest und wirksam verankert wie im Geltungsbereich der Montanmitbestimmung, in der insofern zugleich ein historischer Ausdruck der politischen Regionalkultur an der Ruhr wie auch ein Instrument ihrer Reproduktion zu sehen ist.

Das läßt sich auch an dem anders gelagerten Beispiel der Kruppianer nachvollziehen, wo der Übergang von den Privilegien betrieblich-patriarchalischer Sozialpolitik zu den wirksamen und nicht an außerbetriebliches Wohlverhalten geknüpften sozialstaatlichen Sicherungssystemen reibungslos funktioniert hat und in eine fast geschlossene Hinwendung der Belegschaften zur Sozialdemokratie gemündet ist. In der Reflexion über die Einbindung in den betrieblichen Kosmos vor 1945 trauern die Älteren zwar um den Verlust eines besonderen Zusammengehörigkeitsgefühls; dieses Identitätsdefizit wird aber als unabänderlich und als Preis für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung seit der Nachkriegszeit akzeptiert und zum anderen durch das beschriebene System der betrieblichen Interessenvertretung abgemildert (Herbert, LUSIR II, 1983).

Das »normale Leben«

Als Kulminationspunkt der Nachkriegszeit und take-off zur »Wiedererlangung« eines »normalen« Lebens erweist sich in erfahrungsgeschichtlicher Perspektive die Währungsreform: Als von »Oben« in umfassender Machtvollkommenheit gesetzt und in ihren Auswirkungen als evident ungerecht erfahren, wird sie in den Lebensgeschichten doch als Auftakt einer neuen, einer noch immer gültigen gesellschaftlichen Normalität begriffen, in deren Rahmen auch ein eigener Aufschwung stattfand — zweifellos ungerecht, aber letztlich zum eigenen Vorteil (Niethammer, LUSIR II, 1983: 83 f.). Selbst der halbherzige Generalstreik der Gewerkschaften gegen den ausgebliebenen Lastenausgleich war kein Protest gegen das neue Währungs- und Wirtschaftssystem, sondern gegen seine mangelhafte soziale Absicherung (vgl. Beier 1975).

Die Währungsreform kann man aus dieser Perspektive begreifen als Auftakt zur »Wirtschaftswunderzeit« oder sogar als »Gründungsmythos« der Bundesrepublik, worin der Markt als Perspektive angenommen wurde, weil sie der eigenen Perspektive nicht widersprach und beide im Rückblick sich als Fortschritt bewährt haben. Die Währungsreform ist aber auch deshalb ein so einheitlich erfahrenes Datum, weil die Scheingleichheit des Kopfgeldes jeden im Alltag erreichte und jeder den Schein durchschaute. Die politische Gründungsphase der Republik wird hingegen meist gar nicht erinnert oder nur in Nebensätzen von den »langen Reden«, die damals gehalten worden seien.

Die 50er Jahre werden vor allem als »ruhige Zeiten« geschildert, in denen — endlich — lang gehegte und angestaute Lebenswünsche verwirklicht werden konnten, die auf der anderen Seite

ein Profil von »normalem Leben« definiert haben, weil ihnen bei unseren Interviewpartnern das Fremde, das sie für sie distanzierbar und damit mitteilenswert machen könnte, fehlt (vgl. Herbert, LUSIR I, 1983: 81 ff., Schwarz 1981, 1983: 375 ff., Braun 1977, Tenbruck 1974): die Praxis hat die Prädispositionen erreicht, die Geschichte diese Generationen in den Alltag entlassen.

Die Arbeit wird zum unübersehbaren Schwerpunkt des Lebens nicht nur der Männer, sondern auch der Frauen, für die der Aufbau eines Familienlebens auf einigermaßen gesicherter Grundlage eine jahrelange, mühselige Aufgabe darstellte (Einfeldt, LUSIR I, 1983: 287 ff., ders., LUSIR II, 1983: 167 ff.). Diese Konzentration auf die Arbeit ist bei manchen auch als Akzeptanz einer langen, beschwerlichen Perspektive (nämlich: eine Praxis der kleinen Schritte) zu verstehen, nachdem die großen, die revolutionären und schnellen Lösungen gescheitert waren: hierin ist *ein* Element jener »Resignation« zu sehen, die in den Bewußtseins-Analysen der 50er Jahre festgestellt wurde, wenngleich unsere Interviews auch deutlich machen, daß von »Resignation« nicht in der Perspektive der Befragten, sondern nur in Relation zu einer überzogenen Politisierungsvorstellung gesprochen werden kann (Parisius, LUSIR II, 1983). Fester Arbeitsplatz und gute Löhne sind aber nur die eine Seite dieser Erfahrung, die nicht gleichgesetzt werden kann mit »Aufstieg« oder gar »Verbürgerlichung« (vgl. Mooser 1984: 224-236). Die Lebensgeschichten der Arbeiter machen vielmehr deutlich, daß sie Arbeiter blieben, die Subalternität und Ausbeutung als prägende Erfahrungen erlebten, die sich über die Gewerkschaften höhere Löhne und bessere Sozialleistungen erkämpfen mußten und die Gesellschaft als in »wir und die« dichotomisch gespalten erlebten (vgl. Popitz, Bahrdt 1977: 120 ff., Fröhlich 1981). Aber daneben gab es im Nahbereich auch Rechte. Nach dem Niedergang der Selbsthilfe-Macht der Betriebsräte und ihrer Ersetzung durch das Mitbestimmungssystem im Montanbereich (vgl. Kleßmann 1979, dagegen: Schmidt 1974: 182 ff., auch: Hartwich 1978: 85 ff., 180 ff.) weiteten sich die Klientelstrukturen der Betriebsräte zu einem Netz kommunaler, betrieblicher und regionaler Interessenvertretung aus, das gewerkschaftliche, kommunalpolitische, sozialstaatliche und sozialfürsorgliche Elemente besaß und in den basisnahen Multifunktionären seinen personellen Ausdruck fand: ein Regionalmilieu arbeiterfreundlicher Substrukturen, aber ohne spezifische kulturelle und symbolische Inhalte oder politisch-programmatische Utopien.

Hier liegt das Fundament der sozialdemokratischen Hegemonie im Ruhrgebiet, abgesichert durch enge Verbindungen zu den Gewerkschaften, in Opposition zu einer wirtschaftsnahen CDU-Regierung, in behutsamer Ablehnung einer Remilitarisierung, die in der Arbeiterschaft keine Anhänger finden konnte.

Neben der Arbeit war der zweite Schwerpunkt des Lebens in den 50er Jahren die Familie — die Kleinfamilie, abgegrenzt von Verwandtschaft und Nachbarschaft, aber durch neue Erfahrungen verändert. Vor allem die Rolle der Frauen war hier neu. Die Hausfrauenarbeit wuchs über die Meisterung elementarer Not hinaus und eröffnete eigene Dispositionsspielräume; die Erfahrungen von Jugenderziehung im Dritten Reich, in den »Diensten« und im Beruf hatten sie Effizienz, Arbeitsorganisation, Nutzung von Hilfsmitteln auch als wesentliche Prinzipien häuslicher Arbeit schätzen gelehrt (Einfeldt, LUSIR II, 1983: 149 ff., Mooser 1984: 156 f.).

Gleichzeitig gewannen »Familienleben« und Kindererziehung an eigenem, von der Hausarbeit stärker getrenntem Profil. Es entstand ein »Handlungsfeld, das zwischen Ordnung auf der einen Seite und Dynamisierung des alltäglichen Lebens auf der anderen Seite ausgefüllt war.« (Einfeldt, LUSIR II, 1983: 183). Insofern wäre eine Reduktion weiblicher Erfahrungen

in den 50er Jahren auf die Funktion von Frauen als Reservarmee des Krieges und der Konjunktur blind für die Nutzung des Erfahrungspotentials außerhäuslicher Tätigkeit für die Arbeit in der Familie und im Haushalt. Die in den Interviews mit »Nur-Hausfrauen« deutlich werdende Zufriedenheit mit ihrer Entwicklung und Tätigkeit ließe sich sonst auch nur in den arroganten Kategorien »falschen Bewußtseins« fassen. Tatsächlich aber waren die neuen Aufgaben in den Familien der 50er Jahre für die Arbeiterfrauen durchaus herausfordernd und befriedigend (vgl. Stecker 1981, Jurczyk 1976, Meyer, Schulze 1984). Dies gilt in mancher Hinsicht auch für die weibliche Erwerbstätigkeit, die für diese Zeit am Beispiel der »Vorzimmerdamen« im Großbetrieb untersucht wurde (Schmidt, LUSIR II, 1983). Auch hier stehen der ganz offensibaren Diskriminierung und Ausbeutung der Frauen ebenso unübersehbar Stolz und Zufriedenheit gegenüber, die vor allem aus der relativen Privilegiertheit ihrer Stellung (die vor dem Krieg vorwiegend von Männern eingenommen worden war) und einem daraus gewonnen Zuwachs an Erfahrung, an auch materiellen Dispositionsmöglichkeiten und an Selbständigkeit entstanden sind, die sie die Mehrbelastungen und die von heute aus stärker als in den damaligen Relationen empfundenen Zurücksetzungen und Diskriminierungen hinnehmen ließen.

Die verschiedenen hier angesprochenen Bereiche haben gemeinsam, daß sich zunächst eine lange Phase der Stabilisierung entwickelte, die nach so langen Jahren der Unsicherheit und Not ein Stück vom besseren Leben in Reichweite brachte. Die oft beschriebene Statik, der konservative Grundzug der Ruhrarbeiterschaft hat hier ihren Kern: »Statik« ist dafür aber ein äußerlicher Begriff, der die Dynamik innerhalb der festen Größen Arbeit und Familie nicht einbezieht. Zielpunkt und Normvorstellung dieser Dynamik war zweifellos eine an kleinbürgerlichen Maßstäben gewonnene Hoffnung auf Unabhängigkeit, Sicherheit, Stabilität (Mooser 1984: 224 f.) — die Ruhrarbeiterschaft war aber von ihrem Ausgangspunkt nach dem Kriege von dieser Vorstellung weiter entfernt als andere gesellschaftliche Gruppen, entsprechend lange dauerte diese Entwicklung. Aber sie war nicht einfach eine Kopie kleinbürgerlicher Lebensvorstellungen; neben den sich ausweitenden Elementen von Individualität und Aufstieg (meist erst der Kinder, die die Hoffnungen der Eltern fortführen und erfüllen sollten) (vgl. Mooser 1984: 113 ff.) wurde sie von spezifischen Formen der Kollektivität, der informellen Hilfeleistung, der Einbindung in ein Netz der basisnahen Vermittlung zwischen privatem Interesse und sozialstaatlichen Angeboten geprägt und davon getragen, daß diese Veränderungen in der Spanne *eines* Lebens erfahren worden waren und deshalb anhand jener Prädispositionen, die an dessen Anfang ausgebildet worden waren, beurteilt wurden.

Literatur*

- Abelshauer, W., 1983, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt/M.
- Abelshauer, W., Faust, A., 1983, Wirtschafts- und Sozialpolitik: eine nationalsozialistische Sozialrevolution?; Tübingen (Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, Studieneinheit 4).
- o. V. 1949, Das Dritte Reich. Eine Studie über Auswirkungen des Nationalsozialismus, Allensbach/Bonn.

* Aus technischen Gründen haben wir auf Anmerkungen verzichtet und uns auf die Literaturhinweise beschränkt. (Die Redaktion)

- Badstübner, R., Thomas, S., 1975, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945-1955, Köln.
- Becker, J., u.a., 1979, Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, München.
- Behnken, K. (Hg.), 1980, Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei (Sopade) 1934-1940, Frankfurt/M.
- Beier, G., 1975, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948, Frankfurt/Köln.
- Boberach, H. (Hg.), 1984, Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Herrsching, (MadR)
- Borsdorf, U., Föllmer-Eding, A., 1979, Speck statt Sozialisierung, in: Mommsen, H., Borsdorf, U. (Hg.).
- Borsdorf, U., 1974, Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, in: Reulecke (Hg.), S. 385-414.
- Ders. u.a., 1977, Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien, Frankfurt/M.
- Braun, H., 1977, Das Streben nach »Sicherheit« in den 50er Jahren; in: AfSG, S. 279 bis 306.
- Bremme, G., 1956, Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Göttingen.
- Broszat, M. u.a., 1980, Bayern in der NS-Zeit, Bd. 3, München/Wien.
- Brusis, I. (Hg.), 1985, Die Niederlage, die eine Befreiung war, Köln.
- Buchhaas, D., Kühn, H., 1960, Von der Volkskirche zur Volkspartei. Ein analytisches Stenogramm zum Wandel der CDU im rheinischen Industriegebiet, in: Kühn (Hg.), S. 136 ff.
- Buchholz, W., 1976, Die nationalsozialistische Gemeinschaft »Kraft durch Freude«. Freizeitgestaltung und Arbeiterschaft im Dritten Reich; Diss. München.
- Conze, W./Lepsius, R.M. (Hg.), 1983, Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart.
- Conze, W./Raupach, H. (Hg.), 1967, Die Staats- und Wirtschaftskrise des deutschen Reiches 1929 bis 1933, Stuttgart.
- Croon, H., Utermann, K., 1959, Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet, Tübingen.
- Dahl, P., 1978, Arbeitersender und Volksempfänger, Frankfurt/M.
- Dahrendorf, R., 1957, Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart.
- Dahrendorf, R., 1974 (3), Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München.
- Deppe, W., 1982, Drei Generationen Arbeiterleben. Eine soziobiographische Darstellung, Frankfurt/M.
- Długoborski, W. (Hg.), 1981, Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel, Göttingen.
- Ebbighausen, R./Tiemann, F. (Hg.), 1984, Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Opladen.
- Eichberg, H., 1977, Zivilisation und Breitensport, in: Huck (Hg.), S. 77-94.
- Eichberg, H. u.a., 1977, Massenspiele. NS-Thingspiel, Arbeiterweihespiel und olympisches Zeremoniell, Stuttgart.
- Einfeldt, A.K., 1983, Zwischen alten Werten und neuen Chancen. Häusliche Arbeit von Bergarbeiterfrauen in den fünfziger Jahren, LUSIR II S. 149-190.
- Einfeldt, A.K., 1983, Auskommen – Durchkommen – Weiterkommen. In: LUSIR, Bd. 1, S. 267-296.
- Eschenburg, T., 1983, Jahre der Besatzung 1945-1949, Stuttgart.
- Falter, J.W., 1979, Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924-1933; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/29, S. 3-21.
- Fichter, M., 1982, Besatzungsmacht und Gewerkschaften, Opladen.
- Forster, K., 1977, Neuansätze der gesellschaftlichen Präsenz von Kirche und Katholizismus, München.
- Frei, A., 1980, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart.
- Frohlich, D., 1981, Ursachen eines dichotomischen Gesellschaftsbildes bei Arbeitern, in: KZfSS, S. 302-328.
- Geiger, T., 1931, Zur Kritik der Verbürgerlichung; in: Die Arbeit, Nr. 8, S. 534-555.
- Hagemann, K., 1983, Frauen in der Hamburger SPD der Weimarer Republik. Anspruch und Wirklich-

- keit sozialdemokratischer Frauenpolitik. In: Herzig, A. u.a. (Hg.), Hamburg, S. 443-455.
- Hartwich, H.H., 1978 (3), Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo, Opladen.
- Haumann, H. (Hg.), 1982, Arbeiteralltag in Stadt und Land, Berlin.
- Herbert, U., 1983, Vom Kruppianer zum Arbeitnehmer, in: LUSIR II, S. 233-276.
- Herbert, U., 1983, Die guten und die schlechten Zeiten. In: LUSIR, Bd. 1, S. 67-96.
- Herbert, U., 1985, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn.
- Herbert, U., 1983, Apartheid nebenan. Erinnerungen an die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet, in: LUSIR I, S. 233-266.
- Herzig, A., u.a. (Hg.), 1983, Arbeiter in Hamburg, Hamburg.
- Hetzler, G., 1980, Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition; in: Broszat, M., u.a., S. 1-231.
- Hoffmann-Nowotny, H.J., 1973, Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Studie am Beispiel der Schweiz, Stuttgart.
- Höffner, J., 1949, Katholik und Sozialismus. Ein klares Wort an die deutschen Katholiken, Köln.
- Hochstein, B., 1984, Die Ideologie des Überlebens. Zur Geschichte der politischen Apathie in Deutschland, Frankfurt/Main.
- Huck, G. (Hg.), 1980, Sozialgeschichte der Freizeit, Wuppertal.
- Huster, E.U., u.a., 1972, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-49, Frankfurt/M.
- Illich, I., 1982, Wider die Verstaatlichung des Lebens, Reinbek.
- Jamin, M., 1984, Zwischen den Klassen. Zur Sozialgeschichte der SA-Führerschaft; Wuppertal, S. 11 bis 64, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/29.
- Jantke, C., 1953, Bergmann und Zeche. Die sozialen Arbeitsverhältnisse einer Schachanlage des nördlichen Ruhrgebiets in der Sicht der Bergleute, Tübingen.
- Jurczyk, K., 1964, Zum Zusammenhang von Familienpolitik und Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland von 1919-1975: Frauenarbeit und Frauenrolle, Frankfurt/München.
- Kershaw, I., 1980, Der Hitler-Mythos, Stuttgart.
- Kleßmann, C., 1979, Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945-1952, in: Winkler, H.A., (Hg.), S. 44-73.
- Kleßmann, C., 1982a, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-55, Göttingen.
- Ders., 1982b, Politisch-soziale Traditionen und betriebliches Verhalten von Industriearbeitern nach 1945, in: Vierhaus, R., S. 365-381.
- Ders., 1983, Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft. Zur betrieblichen Arbeit der politischen Parteien in der Frühphase der westdeutschen Arbeiterbewegung 1945-1952, in: VfZ, 31, S. 272 bis 307.
- Ders., 1985, Betriebsräte in der Zusammenbruchgesellschaft, in: Bruns, I., (Hg.), S. 235-245.
- Klein, J., 1972, Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland, Diss. Hamburg.
- Klönne, A., 1982, Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner, Düsseldorf/Köln.
- Köllmann, W., 1983, Die Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik, in: Conze/Lepsius (Hg.), S. 66-114.
- Kocka, J., Prinz, M., 1983, Vom »neuen« Mittelstand zum angestellten Arbeitnehmer. Kontinuität und Wandel der deutschen Angestellten seit der Weimarer Republik; in: Conze/Lepsius, S. 222 f.
- Kontos, S., 1979, Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik; Basel, Frankfurt/M.
- Kudera, W., u.a., 1979, Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern, Frankfurt/M.
- Kühr, H., 1960, Parteien und Wahlen, in: Matthias, E. (Hg.).
- Ders., 1960, Vom Milieu zur Volkspartei, in: Matthias, E. (Hg.).
- Kühr, H., 1979, Die katholische Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: Rohe/Kühr, Politik und Gesellschaft, S. 74 ff.
- Kühr, H., Rohe, K., (Hg.), 1979, Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet. Beiträge zur regionalen Poli-

- tikforschung, Königstein.
- Lehmann, A., 1983, Erzählstruktur und Lebenslauf. Autobiographische Untersuchungen, Frankfurt/M. — New York.
- Lehmann, A., 1984, Krieg — Urlaub — Gastarbeiter. Zur Erfahrung »des Ausländers« in der Lebensgeschichte von Hamburger Arbeitern, in: AfSG XXIV, S. 457-480.
- Lemberg, E., Edding, F., (Hg.), 1959, Die Vertriebenen in Westdeutschland, 3 Bde., Köln.
- Lepsius, R.M., 1973, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, S. 56-80, in: Ritter, G.A.
- Lucas, E., 1983, Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M.
- Löwenthal, R., Schwarz, H.P., 1974, Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland — eine Bilanz, Stuttgart.
- LUSIR, Bd. 1, 1983, Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll; Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet; Hg.: Niethammer, Lutz, Bonn/Berlin.
- LUSIR, Bd. 2, 1983, Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist. Hg.: Niethammer, Lutz, Bonn/Berlin.
- Mannschatz, G., Seider, J., 1962, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945-1947, Berlin (DDR).
- Martiny, M., 1974, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr; vom Scheitern der Räte und Sozialisierungsbewegung bis zum Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik (1920 bis 30); in: Reulecke, J., S. 241-275.
- Mason, T.W., 1975, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft; Opladen.
- Mason, T.W., 1976, Zur Lage der Frauen in Deutschland 1930-1940. Wohlfahrt, Arbeit und Familie; in: Gesellschaftliche Beiträge zur Marxschen Theorie, 6, Frankfurt, S. 118-193.
- Mason, T.W., 1977, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen.
- Mason, T.W., 1981, Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland, in: Peukert, D., Reulecke, J., (Hg.), Die Reihen fest geschlossen; Wuppertal, S. 293-314.
- Mason, T.W., 1982, Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland; in: Sachse, C., u.a., S. 11-53, Opladen.
- Matthias, E., Morsey, R., (Hg.), 1960, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf.
- Merrit, A.J., o.J., Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS-Surveys 1945-1949.
- Meyer, S., Schulze, E., 1984, Wie wir das alles geschafft haben. Alleinstehende Frauen berichten über ihr Leben nach 1945, München.
- Milatz, A., 1960, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930-1933, in: Matthias, E., (Hg.), S. 743 bis 793.
- Milward, A.S., 1966, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945, Stuttgart.
- Milward, A.S., 1977, Der Zweite Weltkrieg. Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939-1945, München.
- Mommsen, H., Petzina, D., Weisbrod, B., (Hg.), 1974, Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, 2 Bde., Düsseldorf.
- Mommsen, H., Borsdorf, U., (Hg.), 1979, Glück auf Kameraden! Untersuchungen zur Geschichte der Bergarbeiter und ihrer Organisationen in Deutschland 1889-1979, Köln.
- Mooser, J., 1983, Auflösung der proletarischen Milieus. Klassenbildung und Individualisierung in der Arbeiterschaft vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik Deutschland. In: Soziale Welt Nr. 34.
- Mooser, J., 1983, Abschied von der »Proletarität«. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive. In: Conze, W. /Lepsius, R.M., (Hg.), S. 143-187.
- Mooser, J., 1984, Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970, Frankfurt.
- Niess, F., 1979, Geschichte der Arbeitslosigkeit, Köln.
- Niethammer, L., 1972, Faschistische Bewegungen in der Zwischenkriegszeit in Europa; in: Politische Bildung, Nr. 5, H. 1, S. 17-36.
- Niethammer, L., 1975, Strukturreform und Wachstumspakt, in: Vetter, H.O., S. 303-358.
- Niethammer, L., 1976, Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal.

- Niethammer, L., 1979, Rekonstruktion und Desintegration: Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: Winkler, (Hg.), S. 26-43.
- Niethammer, L., 1979, Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal.
- Niethammer, L., (Hg.), 1980, Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der Oral History; Frankfurt/M.
- Niethammer, L., 1983, Heimat und Front. Versuch, zehn Kriegserinnerungen aus der Arbeiterklasse des Ruhrgebiets zu verstehen, in: LUSIR I, S. 163-232.
- Niethammer, L., 1983, Privat-Wirtschaft. Erinnerungsfragmente einer anderen Umerziehung, in: LUSIR II, S. 17-106.
- Noelle, E., Neumann, E.P., 1956 (2), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, Bonn.
- Parisius, B., 1983, Arbeiter zwischen Resignation und Integration. Auf den Spuren der Soziologie der fünfziger Jahre, in: LUSIR II, 107-147.
- Passerini, L., 1980, Arbeitersubjektivität und Faschismus. Mündliche Quellen und deren Impulse für die historische Forschung, in: Niethammer, L., (Hg.), S. 214-248.
- Peukert, D., 1979, Der deutsche Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 28/29, S. 22-36.
- Peukert, D., Reulecke, J., (Hg.), 1981, Die Reihen fest geschlossen, Wuppertal.
- Peukert, D., 1982, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, Köln.
- Pietsch, H., 1978, Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebiets 1945-1948, Duisburg.
- Pirker, T., 1960, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, München.
- Pirker, T., Vom »Ende« der Arbeiterbewegung; in Ebbighausen/Tiemann, 1984, S. 39-54.
- Plato, A.v., 1983, Sozialdemokratische Betriebsräte im Ruhrgebiet. Eine lebensgeschichtliche Untersuchung, in: LUSIR II, S. 311-359.
- Plato, A.v., 1983, Ich bin mit allen gut ausgekommen. Oder: War die Ruhrarbeiterschaft vor 1933 in politische Lager zerspalten? In: LUSIR, Bd. 1, S. 31-65.
- Plato, A.v., 1983, Nachkriegssieger. Sozialdemokratische Betriebsräte im Ruhrgebiet. Eine lebensgeschichtliche Untersuchung, in: LUSIR II, S. 311-359.
- Plato, A.v., 1984, Der Verlierer geht nicht leer aus. Betriebsräte geben zu Protokoll; Berlin/Bonn.
- Popitz, H., Bahrdt, H.P., u.a., 1977, Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen.
- Preller, L., 1949, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Kronberg.
- Rabe, B., 1978, Der sozialdemokratische Charakter, Frankfurt.
- Recker, M.-L., 1979, Wohnen und Bombardierung im Zweiten Weltkrieg, in: Niethammer, L., (Hg.), S. 408-428.
- Reulecke, J., (Hg.), 1974, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal.
- Ritter, G.A., (Hg.), 1973, Deutsche Parteien vor 1918, Köln.
- Rohe, K., 1960, Vom alten Revier, in: Matthias, E. (Hg.).
- Rohe, K., 1979, Vom alten Revier zum heutigen Ruhrgebiet. Die Entwicklung einer regionalen politischen Gesellschaft im Spiegelbild der Wahlen. In: Kühr, H., (Hg.), S. 21-73.
- Rosenbaum, H., 1982, Formen der Familie, Frankfurt.
- Sachse, C., u.a., 1982, Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung; Opladen.
- Spode, H., 1982, Arbeiterurlaub im Dritten Reich; in: Sachse, C., S. 275-328.
- ders., 1980, Der deutsche Arbeiter reist. Massentourismus im Dritten Reich. In: Huck, G., (Hg.), S. 281 bis 306.
- Stecker, G., 1981, Überleben ist nicht genug. Frauen 1945-1950, Freiburg i. Br.
- Steinberg, H.J., 1979 (2), Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Bonn.
- Steiner, M.G., 1970, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf.
- Steininger, R., 1979, Die Rhein-Ruhr-Frage im Kontext britischer Deutschlandpolitik 1945/46; in: Winkler, H.A., S. 111-166.

- Schäfer, H.D., 1984, Das gesplittene Bewußtsein. Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945; München/Wien.
- Schelsky, H., 1967, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Stuttgart.
- Schelsky, H., 1979, Auf der Suche nach der Wirklichkeit, München.
- Schlauch, W., 1980, Zur amerikanischen Deutschland- und Besatzungspolitik, in: AFSG XX, S. 566 bis 571.
- Schmidt, E., 1974 (5), Die verhinderte Neuordnung 1945-1952, Frankfurt/M.
- Schmidt, M., 1983, Krieg der Männer — Chance der Frauen? Der Einzug von Frauen in die Büros der Thyssen-AG, in: LUSIR I, S. 133-162.
- Schmidt, M., Im Vorzimmer. Arbeitsverhältnisse von Sekretärinnen und Sachbearbeiterinnen bei Thyssen nach dem Krieg, in: LUSIR II, S. 191-232.
- Schmidt, U., Fichter, T., 1971, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945 bis 1948, Berlin.
- Schmidt, U., 1981, Die Zentrums-Idee zwischen Tradition und Anpassung. Ein Beitrag zur Analyse von Integrationskonzepten des politischen Katholizismus in Deutschland, untersucht am Beispiel der Deutschen Zentrums-Partei in Nordrhein-Westfalen 1945-1949, Diss. MS Berlin.
- Schmidt, U., 1984, Katholische Arbeiterbewegung zwischen Integralismus und Interkonfessionalismus: Wandlungen eines Milieus, in: Ebbighausen/Tiemann (Hg.), S. 216-239.
- Schmidchen, 1979, Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur, Bern/München.
- Schoenbaum, D., 1980 (2), Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, München.
- Schwarz, H.P., 1981, 1983 Die Ära Adenauer, Band 2: 1949-1957, Stuttgart.
- Tenbruck, F.H., 1974, Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bunderepublik; in: Löwenthal/Schwarz, S. 289-310.
- Thurnwald, H., 1948, Gegenwartsprobleme Berliner Familien. Eine Untersuchung an 498 Familien, Berlin.
- Überhorst, H., 1973, Frisch, froh, stark und treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893 bis 1933, Düsseldorf.
- Vetter, H.O., 1975, Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln.
- Vierhaus, R., 1982, Festschrift für Rudolf Vierhaus, Göttingen.
- Vierhaus, R., 1967, Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland; Beiträge zu einer historisch-psychologischen Analyse, in: Conze/Raupach, S. 155-175.
- Werner, W.F., 1983, »Bleib übrig!« Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Düsseldorf.
- Welch, D., 1983, Propaganda and the German Cinemas, 1933-1945; Oxford.
- Winkler, D., 1977, Die Frauenarbeit im »Dritten Reich«, Hamburg.
- Winkler, H.A., 1979, Politische Weichenstellungen in Nachkriegsdeutschland, Göttingen, Sonderheft 5 von »Geschichte und Gesellschaft«.
- Winkler, H.A., 1985, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn.
- Winkler, H.A., 1985, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Bonn/Berlin.
- Wirth, D., 1979, Die Familie in der Nachkriegszeit. Desorganisation oder Stabilität? in: Becker, J., u.a., S. 193-217.
- Zimmermann, M., 1983, Ausbruchshoffnungen. Junge Bergleute in den dreißiger Jahren, in: LUSIR I, S. 97-132.
- Zimmermann, M., 1983, »Geh' zu Hermann, der macht dat schon«. Bergarbeiterinteressenvertretung im nördlichen Ruhrgebiet, in: LUSIR II, S. 277-310.